

DENKEN + GLAUBEN

Nr. 191 Frühjahr 2019

Zeitschrift der Katholischen Hochschulgemeinde für die Grazer Universitäten und Hochschulen

www.khg-graz.at



DEMOKRATIE & POPULISMUS

Mischt euch ein!



Deborah Sengl, „Toter Winkel“, Acryl auf Leinwand, je 120 x 180 cm + 120 x 90 cm, 2012.

In den Bilddiptychen von Deborah Sengl ist jeweils am längeren Paneel eine Szene körperlicher Gewalt zu sehen und am kleineren eine Figur, die die Szene fotografiert. Tierköpfe weisen den Handelnden Täter- und Opferrollen zu und decken gleichzeitig auf, dass Bilder immer auch vereinnahmbar und nicht gefeit davor sind als Fake News denunziert zu werden.

Im Sommersemester zeigt die QL-Galerie eine Personale von Deborah Sengl. Eröffnung im Rahmen der Galerientage am 4. Mai



DEMOKRATIE & POPULISMUS

Gegenseitigkeiten

*Schützt Hochschulbildung
vor Populismus?*

Von Elgrid Messner (2)

Von Agnes Hobiger (3)

Was haben Donald Trump
und ein religiöser Fundamentalist
gemeinsam? (4)

Von Martin Breul

Wir brauchen andere Erzählungen:
Wider die Illiberalität (7)

Alois Kölbl im Gespräch
mit der Philosophin Ágnes Heller

Im Zeichen des Kreuzes:
Abschied vom Abendland? (11)

Von Sebastian Pittl

Ein gemeinsamer Weg
in der Kirche? (14)

Von Eva Wimmer

Das „Mariazeller Manifest“ (16)

Von Stephanie Glück

Immer wieder darüber sprechen (19)

Von Valentina Dovico sa

Träumen von Herrschaft
und Gewalt (22)

Von Thomas Sojer

Auf dem Trockenen (24)

Von Thomas Klamminger

Ein Wort (26)

Von Jörg Wilkesmann

Kunst für die Massen (27)

Von Harald Koberg

KHG – AKTUELL (28)

„Muss Europa, muss die EU gerettet werden?“, haben wir in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift gefragt und wenden uns nun folgerichtig einem Begriff zu, der zum unabdingbaren Erbe europäischer Tradition gehört. Die liberale Demokratie bezeichnet die ungarische Philosophin Ágnes Heller im Interview in diesem Heft als „die einzige wirkliche Spezialität Europas“, und sie wird schon seit einiger Zeit nicht müde, kämpferisch und ungeschminkt auf deren Gefährdung in einigen Ländern Europas hinzuweisen.

Beteiligungsprozesse müssen in verschiedenen Handlungsfeldern erprobt, kultiviert und auch schlicht und einfach eingeübt und erlernt werden. Darauf will der Blick auf das Stadtraumprojekt „Paradise L.“ bei der Universitätskirche mit dem Zitat von Papst Franziskus beim Weltjugendtag in Krakau am Cover dieses Heftes hinweisen. Die Beteiligung von Jugendlichen bei der Weltjugendsynode in Rom war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, es gibt aber sicher noch Luft nach oben. Aber noch ein weiterer Grund führte zur Wahl des Cover-Bildes: Der Bereich um die Universitätskirche am Leechhügel nahe der Zinzendorfsgasse ist nicht nur urbaner Projekt- und Handlungsraum, sondern – wie das Baugerüst vor dem Kirchenfenster anzeigt – zur Zeit auch ganz reale Baustelle. Die historischen Fenster des ältesten Sakralbaus im Grazer Stadtzentrum müssen saniert werden, und auch am Hochaltar macht der Holzwurmbefall Renovierungs- und Schutzmaßnahmen notwendig. Wir bitten um Spenden für das etwas versteckt hinter den Häuserzeilen liegende gotische Baujuwel, damit es auch in Zukunft als liturgischer Feier-, Rückzugs- und spiritueller Ruheort im Universitätsviertel erhalten bleibt.

Bereits in der letzten Ausgabe von „Denken+Glauben“ haben wir uns offiziell von Chefredakteurin Christine Rajič verabschiedet, die nach viel zu kurzer Zeit das Team der Katholischen Hochschulgemeinde verlassen hat, um sich mit mehr Zeitressourcen dem Abschluss ihres Dissertationsprojektes widmen zu können. Die inhaltliche Konzeption auch dieser Ausgabe lag aber noch in ihren Händen, ihr Nachfolger Florian Traussnig konnte sich mit einem Volley-Einstieg mitten im Semester auf die Endredaktion des Heftes beschränken. Sehr erfreulich, dass sich die Übergabe durch das beiderseitige Engagement so nahtlos gestaltete. Den neuen Chefredakteur und KHG-Bildungsreferenten darf ich sehr herzlich in unserem Team begrüßen und mich gleichzeitig noch einmal bei Christine Rajič für ihre engagierte und präzise Arbeit bedanken!

Mit den besten Wünschen für einen guten Start ins Sommersemester,

Alois Kölbl, Hochschulseelsorger

Spenden für die Renovierungsmaßnahmen der Universitätskirche erbitten wir auf das Konto: Katholische Hochschulgemeinde Graz,
Stmk. Bank und Sparkassen AG, IBAN: AT312081503300700543
Verwendungszweck: /440020/42/967 Spende Renovierung Leechkirche

Gegenseitigkeiten

Schützt Hochschulbildung vor Populismus?

Von Elgrid Messner

Die Populisten aller Länder haben auf ihrem weltweiten Vormarsch ein einzigartiges Atout in der Hand: Sie geben vor, als einzige die Volksmeinung authentisch zu interpretieren. Da in einer Demokratie das Recht vom Volk ausgeht, nehmen sie folgerichtig in Anspruch, das Recht immer auf ihrer Seite zu haben. Bei dessen Durchsetzung und beim Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde des Volkes – ihrer Meinung nach Migranten und korrupte Eliten – stehen die Instrumente der pluralistischen Demokratie dem von ihnen verkörperten Volkswillen allzu oft im Weg. Individuelle und Minderheitenrechte gelten ihnen daher ebenso wenig wie die Gewaltenteilung.

Können die Universitäten und Hochschulen überhaupt einen Einfluss auf einen solchen globalen Megatrend nehmen? Der Gesetzgeber hat ihnen zumindest diese Aufgabe mitgegeben – die Universitäten sollen unter anderem soziale Chancengleichheit und die Gleichstellung von Frauen und Männern beachten, die Pädagogischen Hochschulen die Vermittlung von sozialen, moralisch-ethischen (und religiösen) Werten sowie der Gender- und Diversity-Kompetenz vorantreiben. Die Universitäten sind zudem dazu aufgerufen, zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen und die Bildung und Autonomie des Individuums durch Wissenschaft voranzutreiben. All diese Leitlinien, die sich in den gesetzlich festgeschriebenen Grundsätzen für den tertiären Bildungssektor finden, stehen im Gegensatz zur von den Rechtspopulisten propagierten illiberalen Demokratie.

Wie die Analysen des Wahlverhaltens in Österreich und anderswo zeigen, trägt höhere Bildung zweifellos zu einer kritischen Sicht auf Rechtspopulisten bei. Dass eine Minderheit unter den Akademikern explizit rechtspopulistisches Gedankengut verbreitet, ist allerdings ein österreichspezifisches Phänomen: Schlagende Burschenschafter sind seit den letzten Wahlen im Parlament und in den Ministerialbüros in einem Ausmaß vertreten, das ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung (ca. 4000 von 8 Millionen Österreicher/innen) um mehrere Zehnerpotenzen übertrifft! Welches Gedankengut diese Kreise vertreten, war kürzlich in der Wochenzeitung *Zur Zeit* zu lesen: Eine „offene und natürliche Autorität [sei] für ein reibungsloses Zusammenleben aufrichtiger und allen Versuchen vorzuziehen, dem Volk vorzugaukeln, es könne mitreden.“

Noch sind das Ausnahmen, die in der breiten Bevölkerung wohl kaum auf besondere Resonanz stoßen. Dies ist aber – Ironie der Geschichte – wohl auch der Tatsache geschuldet, dass

die Stimme der akademisch Gebildeten gerade auch wegen des steigenden Einflusses der Rechtspopulisten wenig Gehör findet. Denn letztere spielen mit Unterstützung mancher Boulevardmedien geschickt auf der Klaviatur der Polarisierung – hier das Volk, dort seine Feinde, die Eliten. Damit sind aber nicht etwa die Profiteure der jetzigen Verhältnisse gemeint, sondern als „Gutmenschen“ bezeichnete Humanisten, urbane Liberale und Linke und alles, was früher als „Bildungsbürgertum“ bezeichnet wurde. Dabei zeigt die Geschichte, dass die „kleinen Leute“ keine Berührungspunkte gegenüber Akademiker/innen haben, wenn sie auf Basis eines ihren Interessen entsprechenden politischen Programms angesprochen wurden und ihr Gegenüber über eine plausible Analyse der gesellschaftlichen Zustände verfügte.

Mag sein, dass der tertiäre Sektor wegen seiner zunehmenden Orientierung auf direkt beruflich verwertbares Wissen dazu nicht mehr in ausreichendem Maß befähigt. Fundierte Kenntnisse der ökonomischen, historischen, sozialen und (geo-)politischen Zusammenhänge sind aber als Grundlage für eine demokratische, humanistische und solidarische Haltung unerlässlich und sollten nicht auf einschlägige Studienrichtungen beschränkt bleiben. Beides – demokratische Haltung und dafür nötige Kenntnisse – zu vermitteln, ist letztendlich die Aufgabe jedes und jeder Lehrenden im Hochschul- und Universitätsbereich. Daran müssen wir immer aufs Neue erinnern.

Elgrid Messner ist seit 2012 Rektorin der Pädagogischen Hochschule Steiermark. Sie ist promovierte Erziehungswissenschaftlerin der Schulpädagogik und ausgebildete AHS-Lehrerin für Englisch und Deutsch. Als Lehrerin, Schul- und Organisationsentwicklerin sowie Leiterin des Instituts für Forschung, Wissenstransfer und Innovation war sie sowohl in der pädagogischen Forschung als auch Praxis tätig.



Foto: Furgler

Gegenseitigkeiten

Schützt Hochschulbildung vor Populismus?
Von Agnes Hobiger

Ein Kanzler ohne Mag. Ein Rapper mit ...

Ein Foto erheiterte die Internetgemeinde vor ungefähr einem Jahr. Es zeigte drei Personen unserer damals frisch gewählten Bundesregierung: Bundeskanzler Kurz, Vizekanzler Strache und Innenminister Kickl sowie den österreichischen Rapper Money Boy. Darunter der Spruch: „Finde die Person mit dem Studienabschluss!“ Der Gag: Es war der schrill auftretende Rapper, der einen Magister in Publizistik vorzuweisen hatte, während weder Bundeskanzler noch Vizekanzler oder Innenminister ihr Studium bisher erfolgreich abschließen konnten. Dies zeigt zumindest, dass es nicht unbedingt notwendig ist, in unserem akademischen System erfolgreich zu sein, um es an die Spitze unserer Demokratie zu schaffen. Das kann auch als positives, gutes Zeichen gewertet werden. In einem Land, das so „titelgeil“ ist wie Österreich, ist es also auch möglich, ohne akademischen Grad in unserem demokratischen Apparat etwas zu erreichen. Dennoch sind Minister ohne Titel in unserer Regierung knapp in der Minderheit. So kann letztere mit einem „Univ. Prof.“, vier „Dr.“, zwei „Mag.“ und einem „Ing.“ (der allerdings kein akademischer Titel ist) aufwarten. Das heißt, die Hälfte unserer Minister hat einen akademischen Abschluss. Da wir in ganz Österreich einen Akademiker/innen-Anteil von 14,7% haben, ist dies überproportional hoch.

Man kann argumentieren, dass gebildete Menschen eher wissen, wie sie mit den komplexen Fragestellungen umgehen sollen, die in ihrer Funktion als Minister an sie herangebracht werden. Dass sie in ihrem Studium gelernt haben, nachzudenken, Entscheidungen zu treffen, Rat von Experten einzuholen und ähnliche Schlüsselqualifikationen besitzen. Andererseits vertrauen wir mit Hartwig Löger als Finanzminister einem Mann ohne klassischen akademischen Abschluss, der seine Fähigkeiten im „echten Leben“ als Manager unter Beweis gestellt hat. Es wird also nicht mehr so stark auf klassische akademische Qualifikationen gesetzt. Das ist gut. Ein Land, in dem es immer noch Titel wie Hofrat, Kammersänger oder Ehren-Professor gibt, tut gut daran, sich um etwas handfestere Kriterien als Maßstab des Erfolges zu bemühen. Dazu tragen übrigens auch die neuen Titel nach dem Bologna-Prozess wunderbar bei, denn ein Titel, bei dem niemandem klar ist, ob er vor oder nach dem Namen, mit einem oder zwei Punkten oder ohne Punkt zu schreiben ist, von der Aussprache ganz zu schweigen, ist als Prestigeobjekt nicht mehr so interessant. Andererseits vergeben unsere

Universitäten und Hochschulen Titel nach bestimmten Richtlinien und für nachweisbar erbrachte Leistungen. Somit sind diese Qualifikationen vergleichbar mit ähnlichen Systemen. Die Frage, wie sich jedoch Tüchtigkeit, Management-Qualitäten oder ähnliches anders und objektiv messen lassen, stellt uns vor eine neue Herausforderung.

Doch zurück zur eigentlichen Frage: Demokratien leben davon, dass sich möglichst viele Menschen Gedanken machen und diese in die Gesellschaft einbringen wollen. Je größer der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zu akademischer Bildung durch Hochschule und Universität hat, desto mehr Menschen können sich auf angemessenem Niveau mit politischen Fragen beschäftigen und werden deshalb weniger leicht Opfer populistischer Schreihälse, die einfache Lösungen anbieten, über die man nicht mehr groß nachdenken muss. Das bedeutet allerdings auch, dass dieser Zugang nicht vom Bildungsgrad der Eltern oder deren Einkommen abhängen darf. Es sollte jedem Menschen in unserem Land gestattet bzw. möglich sein, selbst zu denken und ich glaube, dass man das Denken auf unseren Universitäten und Hochschulen immer noch sehr gut lernen kann, auch wenn bei vielen Lehrveranstaltungen das bloße Lernen im Vordergrund steht.



Agnes Hobiger,
geb. 1993 in Graz. Sie studiert an der Karl-Franzens-Universität Chemie und Deutsch auf Lehramt. Von 2015–2018 Vorsitzende der Katholischen Hochschuljugend Österreichs.
„Denken+Glauben“-Redaktionsmitglied.

Foto: Hobiger

Was haben Donald Trump und ein religiöser Fundamentalist gemeinsam?

Die erstaunlichen Parallelen zwischen religiösem Fundamentalismus und postfaktischem Populismus fordern auch die Religionsgemeinschaften heraus.

Von Martin Breul



Foto: Wikimedia Commons

Polen, Italien, Brasilien, Ungarn, Indien, die Türkei, die USA – in den letzten Jahren haben viele liberale Demokratien eine Art „feindliche Übernahme“ ihrer Regierungen durch ultranationalistische bzw. neo-reaktionäre politische Bewegungen erlebt. In anderen Ländern befinden sich ähnliche politische Kräfte auf dem Vormarsch – man denke an die letzten Wahlen in Frankreich oder Deutschland. Oft ist dabei auch Religion im Spiel.

Diese einleitende Zeitdiagnose ist natürlich eine starke Generalisierung – die Kontexte in Ungarn etwa unterscheiden sich von denen der Türkei oder denen Brasiliens. Dennoch ist diese Generalisierung in meinen Augen gerechtfertigt, da sich die neo-reaktionären Bewegungen durch einige Elemente verbinden lassen, die ihnen allen gemein sind, und die interessanterweise viele strukturelle Ähnlichkeiten zum religiösen Fundamentalismus aufweisen. Im Folgenden möchte ich zunächst einige Merkmale des letzteren herausarbeiten und diese dann mit den Elementen des „postfaktischen Populismus“ verknüpfen. Es wird sich zeigen, dass es sich um strukturanaloge

Bewegungen handelt: Viele Elemente, die typisch für den religiösen Fundamentalismus sind, sind auch Merkmale gegenwärtiger neo-reaktionärer bzw. rechtspopulistischer politischer Bewegungen. Daraus ergibt sich eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sowohl von Religionsgemeinschaften als auch von der Theologie: Die Vereinnahmungen von Religion durch reaktionäre politische Bewegungen können (und müssen) von eben diesen Religionsgemeinschaften dekonstruiert werden – mit einer gewissen „Fundamentalismusprophylaxe“ kennen sich die Weltreligionen schließlich gut aus!

Elemente des religiösen Fundamentalismus

Kommen wir zunächst zu den Elementen des religiösen Fundamentalismus. Ein erstes solches Element ist das *strikt dualistische Weltbild* des religiösen Fundamentalismus. Fundamentalisten teilen die Welt binär in eine gute, reine, heilsversprechende Sphäre und in eine böse, unreine, unheilvolle Sphäre ein, wobei die gute Sphäre ausschließlich in der eigenen religiösen Tradition zu finden ist.

Dementsprechend erscheint das, was außerhalb einer Religionsgemeinschaft, also in der bösen und unheilvollen Sphäre zu finden ist, als überwältigend und bedrohlich. Der Konflikt zwischen „gut“ und „böse“ ist dabei mit unbedingter Ernsthaftigkeit auszufechten und erlaubt keinerlei Abstufungen, da der Gegenwart eine heilsgeschichtliche Bedeutung zugemessen wird. Eine solche dualistische Weltsicht schlägt sich häufig in weiteren Bereichsdualismen nieder. So lehnen viele religiös-fundamentalistische Gruppen die Idee einer Gleichberechtigung der Geschlechter ab und propagieren einen radikalen Patriarchalismus, d. h. einen Dualismus der Geschlechter, aus dem sich nicht nur reaktionäre Rollenbilder ergeben, sondern der sich auch in konkreten Bekleidungs Vorschriften oder geschlechtsspezifischen Handlungsnormen niederschlägt.

Dieser apokalyptische Manichäismus ist die Basis einer Weltsicht, aus der als weiteres Merkmal die *Stilisierung der eigenen religiösen Tradition als Bollwerk* gegen die Bedrohungen des wahrhaften Glaubens abgeleitet werden kann. Innerhalb religiös-fundamentalistischer Gruppierungen gibt es die Tendenz, eine meist der jüngeren Vergangenheit entstammende Form der Tradition zum vermeintlichen Urbild der eigenen Religion zu stilisieren, die seither einer steten Verfallsgeschichte ausgesetzt gewesen sei. Die Stilisierung geht dabei so weit, Argumenten die Zugehörigkeit zu einer Tradition anzudichten, die eigentlich nie zu letzterer gehört haben. Diese Strategie dient zur nachträglichen Legitimierung einer vermeintlichen Tradition, die durch gegenwärtige Entwicklungen in eklatanter Gefahr sei.

Dieser Aspekt leitet bereits zu einem verwandten Merkmal über: *der Immunisierung gegenüber rationaler Kritik*. Religiöse Fundamentalisten nehmen einige oder alle ihrer zentralen religiösen Überzeugungen von jeglicher Kritik aus und erschaffen diverse Abschließungs- und Ausgrenzungsmechanismen, um Zweiflerinnen und Zweifler gar nicht erst zu Wort kommen zu lassen. Diese Abschließungsmechanismen zeigen sich oft in einem kultischen und moralischen Rigorismus und einer gleichermaßen strikten Orthodoxie wie Orthopraxis.

Ein weiteres Merkmal des religiösen Fundamentalismus besteht in der selektiven *Leugnung anerkannter wissenschaftlicher Erkenntnisse*. Das bekannteste Beispiel besteht in der Ablehnung der Evolutionstheorie zugunsten eines Kreationismus. Daraus spricht eine gewisse Selektivität in der Wahrnehmung des eigenen Selbst und der Umwelt, da jegliche nach allen gängigen Standards begründeten Erkenntnisse, die die eigene Weltsicht gefährden, ignoriert werden. Zugleich versuchen diverse fundamentalistische Gruppen, ihre Weltsicht mit (pseudo-)wissenschaftlichen Argumenten zu untermauern, so dass man nicht von einer völligen Ablehnung einer wissenschaftlichen Kultur sprechen kann, sondern

vielmehr von einer transformierten, dem unbezweifelten Heiligen in den Dienst gestellten Form wissenschaftlicher Mimikry.

Schließlich kann als letztes Merkmal des religiösen Fundamentalismus festgehalten werden, dass es sich um ein *Phänomen der Moderne* handelt, da er eine Art Antwort auf die Moderne ist. Erst durch eine gewisse Reaktivität gegenüber sozialen Veränderungen und einer grundsätzlichen Ablehnung der Ideale der Moderne entsteht der religiöse Fundamentalismus. Die unübersichtliche Moderne macht die komplexitätsreduzierende Flucht des Fundamentalisten in eine unerschütterliche und geschlossene Weltsicht allererst erforderlich. Religiöser Fundamentalismus ist daher oft eine Konsequenz bestimmter Entwicklungen wie z. B. der Pluralisierung der Weltgesellschaft. Aufgrund der Genese des religiösen Fundamentalismus innerhalb der Moderne kommt es in vielen religiös-fundamentalistischen Gruppierungen zur merkwürdigen Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen – so werden beispielsweise moderne Formen der Kommunikationstechnologie oder die sozialen Medien fleißig genutzt, um anti-moderne Parolen zu verbreiten.

Postfaktischer Populismus und religiöser Fundamentalismus

Wenn man diese Elemente des religiösen Fundamentalismus nun mit dem sich rasant ausbreitenden, neo-reaktionären und postfaktischen Populismus des 21. Jahrhunderts vergleicht, ergeben sich erstaunliche Überlappungen. Das strikt dualistische Weltbild religiöser Fundamentalisten findet Wiederhall in den beständigen Versuchen, eine „Freund-Feind“-Unterscheidung innerhalb der Politik zu etablieren. Die ethnisch homogene eigene Nation wird zum Bollwerk gegen alles – oder besser, alle – außerhalb dieser „Sphäre des Heils“. Die Stilisierung der Bedrohung „von außen“ eint religiöse Fundamentalisten und postfaktische Populisten. Breiten religiöse Fundamentalisten diesen strikten Dualismus auch auf andere Bereiche wie die Konstruktion von Geschlechtlichkeit aus, so finden sich gerade bei neo-reaktionären Populisten häufig ein ähnlich strikter Dualismus der Geschlechter sowie die Desavouierung von Versuchen, Gendergerechtigkeit herzustellen.

Auch die für den religiösen Fundamentalismus typische Projektion einer idealisierten Vergangenheit findet sich analog in vielen neo-reaktionären bzw. teilweise faschistoiden Populismen: Die Konstruktion einer *mythisch-verklärten Vergangenheit der eigenen Nation*, die auch viele Elemente enthält, die faktisch niemals zu dieser Vergangenheit gehört haben, wird genutzt, um als alle Mittel heiligenden Endzweck der Politik die Wiederherstellung der alten Größe der Nation zu bestimmen. Exemplarisches ließe sich für den US-amerikanischen, ungarischen oder auch russischen Kontext detailliert belegen, etwa mit Jason

Stanleys Analysen über den gesellschaftsspaltenden Ansatz des „Us vs. Them“. Interessanterweise kommt es hier häufig zu Vereinnahmungen der Religion selbst, die als weiteres Merkmal einer nationalen Identität herangezogen wird und der Konstruktion einer mythischen Vergangenheit der je eigenen Nation metaphysische Tiefenschärfe verleihen soll.

Auch die *Immunisierung gegenüber rationaler Kritik* scheint nicht bloß religiöse Fundamentalisten zu betreffen – die verbreitete Rede von Fake News, von „alternativen Fakten“ oder die systematische Diskreditierung von Journalisten oder Nachrichtenstationen zeigen, dass kein großes Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, sondern das Bespielen der „Echo-Kammer“ der eigenen Anhänger im Vordergrund steht. Es kommt den postfaktischen Populisten häufig gar nicht darauf an, Gegner argumentativ zu widerlegen – das Festhalten am Ideal der Verständnisorientierung, das gerade in pluralistischen und weltanschaulich zerfaserten Gesellschaften essenziell ist, wird zugunsten des Unterhaltungswerts von Politik aufgegeben.

Die *Leugnung anerkannter wissenschaftlicher Erkenntnisse*, die ebenfalls typisch für den religiösen Fundamentalismus ist, zeigt sich auf analoge Weise im postfaktischen Populismus: Eine generelle Geringschätzung wissenschaftlicher Expertise zeigt sich exemplarisch in der Leugnung des menschenverursachten Klimawandels. Ähnlich wie der religiöse Fundamentalismus bleibt aber auch der postfaktische Populismus ein überaus „modernes“ Phänomen: Er ist nicht anders verständlich denn als „*Gegenreaktion*“ auf die *unübersichtlicher und komplexer werdende globale Gesellschaft*. Einfache Lösungen und der Rückzug auf vermeintlich überschaubare Kontexte versprechen eine Reduktion dieser Komplexität. Zugleich werden bestimmte Aspekte der globalisierten Moderne, z. B. die sozialen Medien, fleißig genutzt, so dass sich in Analogie zum religiösen Fundamentalismus die bereits oben erwähnte paradoxe Gleichzeitigkeit von Abhängigkeit von der Moderne und Ablehnung ebendieser Moderne ergibt.

Was können Religionen zur Dekonstruktion des postfaktischen Populismus beitragen?

Angesichts dieser frappierenden Parallelen zwischen religiösem Fundamentalismus und postfaktischem Populismus ist auch und gerade die Theologie gefordert: Zum einen ist die Erforschung des religiösen Fundamentalismus in den verschiedenen konfessionellen Theologien sowie der Religionswissenschaft weit vorangeschritten – es liegt also ein vertieftes Verständnis der gedanklichen Struktur solcher geschlossenen Gedankensysteme sowie der Attraktivität ebendieser Systeme für einen erstaunlich großen Teil der Bevölkerung vor. Für die Herausforderung des

postfaktischen Populismus sind gerade die großen Religionsgemeinschaften der Welt glücklicherweise recht gut gewappnet: die vielen strukturellen Gemeinsamkeiten des postfaktischen Populismus mit religiösen Fundamentalismen machen beide zu verwandten Phänomenen; und mit der Bekämpfung einer Absolut-Setzung von Religion kennen sich die Theologien der Weltreligionen recht gut aus.

Über diese Expertise in Fundamentalismusprophylaxe hinaus lässt sich zum anderen ein zweiter Auftrag an die Theologie formulieren, da die Parallelen zwischen religiösem Fundamentalismus und postfaktischem Populismus nicht auf der Ebene der Analogie stehen bleiben. Rechtspopulistische und neo-reaktionäre politische Strömungen nehmen häufig eine direkte Vereinnahmung bestimmter religiöser Traditionen vor, die – wie ich bereits herausgearbeitet habe – einen fiktiven nationalen Ursprungsmythos metaphysisch überhöhen und für die Konturierung einer homogenen nationalen Identität missbraucht werden. Diese Diagnose ist keineswegs auf das Christentum beschränkt, welches z. B. in Polen, Ungarn oder Russland als national vereinnahmte Ethno-Religion in Anspruch genommen wird – man denke nur an den türkischen oder indischen Kontext, in denen der Islam bzw. der Hinduismus ähnliche Funktionen erfüllen. Es bedarf also andauernder, auch interreligiöser Anstrengungen, um die missbräuchlichen Vereinnahmungen der Religion zu dekonstruieren. Für den christlichen Kontext gesprochen: Es ist wohl kaum möglich, die sich in der radikal inklusiven Praxis Jesu Christi deutlich zeigende *universale* Heilsbotschaft des Christentums so umzudeuten, dass unter Rückgriff auf christliche Traditionen Nicht-Christen diskriminiert werden oder ihnen dringend benötigte Hilfe verweigert werden soll. Für christliche Symbole wie das Kreuz gilt es, ihre ursprüngliche Bedeutung als Zeichen der Hoffnung auf die Erlösung der Menschheit im Ganzen in Erinnerung zu rufen, wenn die Gefahr besteht, dass dieses Zeichen als Symbol für eine Nation (oder gar ein einzelnes Bundesland) missbraucht werden soll. Die global beobachtbare, unheilvolle Amalgamierung von Ultranationalismus und Religion fordert die Religionsgemeinschaften daher gesellschaftspolitisch heraus: Ein Sich-Zur-Wehr-Setzen gegen diese Vereinnahmung ist dringend geboten.

Martin Breul, geb. 1986, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Katholische Theologie der Universität zu Köln. Er studierte Philosophie, Theologie und Anglistik in Köln, Münster und Belfast. Nach der Promotion zum Dr. phil. im Jahr 2015 und der Promotion zum Dr. theol. im Jahr 2018 ist er derzeit als Post-Doc im Forschungsprojekt „Die theologische Relevanz von Michael Tomasello evolutionärer Anthropologie“ tätig.



Foto: Breul

Wir brauchen andere Erzählungen: Wider die Illiberalität

Alois Kölbl im Gespräch mit der Philosophin Ágnes Heller



Foto: Kölbl

Die 1929 in Budapest geborene Philosophin Ágnes Heller entging als Jüdin mit ihrer Mutter nur knapp dem Holocaust. Ihr Vater und viele Verwandte kamen in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten ums Leben. Als Schülerin von Georg Lukács beteiligte sie sich aktiv an der ungarischen Revolution von 1956, emigrierte nach jahrelanger politischer Unterdrückung und Publikationsverbot 1977 als Professorin für Soziologie nach Melbourne und wurde 1986 Nachfolgerin von Hannah Arendt auf deren Lehrstuhl für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Heute gilt sie als eine der bedeutendsten lebenden Philosophinnen, die sich trotz ihres hohen Alters als stets kämpferische, kritische Intellektuelle immer wieder unbeugsam und geradlinig in die öffentliche Diskussion einbringt und Kritik entwaffnend direkt und ohne diplomatisches Kalkül formuliert. Alois Kölbl hat mit ihr anlässlich eines Vortrages im Rahmen der Reihe „FreiSchreiben. Wider die Illiberalität“ des Kulturzentrums bei den Minoriten in Graz über gesellschaftspolitische Entwicklungen und die Themen dieses Heftes gesprochen.

Alois Kölbl: Sie haben sich immer wieder kritisch zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Europa zu Wort gemeldet. Was bereitet Ihnen Sorge?

Ágnes Heller: Ich bin der Überzeugung, dass die Europäische Union die letzte Chance für Europa ist, um ein Akteur mit globaler Bedeutung zu sein. Wenn der ethnische Nationalismus siegt, wie das im 20. Jahrhundert schon einmal der Fall war, wird das vielleicht heute nicht dieselben Konsequenzen haben wie

damals, aber in jedem Fall wäre Europa als politische Entität verloren. Ich meine damit im Speziellen das Europa mit seiner Tradition der liberalen Demokratie. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der die besten Romane nicht unbedingt auf diesem Kontinent geschrieben und die besten Bilder nicht mehr hier gemalt werden. Die Hoch- und auch die Unterhaltungskultur sind längst global geworden. Die einzige wirkliche Spezialität Europas ist, dass es hier eine über lange Zeit gewachsene liberale Demokratie gibt, die ihre philosophischen Wurzeln bei John Locke hat. Falls wir dies verlieren oder gar absichtlich verwerfen, werden wir überhaupt keine politische Rolle mehr auf dem Globus spielen. Denn die liberale Demokratie, die es auch in Amerika oder Australien gibt, wurde dorthin von Europa aus gebracht, hier hat sie aber ihre Heimat. Wir alle wissen, dass die Demokratie in Griechenland geboren wurde, aber die Demokratie der griechischen Antike war alles andere als liberal. Der Philosoph Sokrates etwa wurde ermordet, weil er die Götter des Vaterlandes nicht anerkannt und angeblich die Jugend verdorben hat. Demokratie bedeutete damals nicht mehr als zwei- oder dreimal im Jahr zusammenzukommen, um gemeinsam die zur Regierung einer Stadt notwendigen Beschlüsse zu fassen. Fremde waren dabei ausgeschlossen, Aristoteles konnte daran etwa nicht teilnehmen, weil er kein Athener Staatsbürger war. Dieses System wurde in die italienischen Stadtrepubliken des Mittelalters übertragen. Entscheidend ist das Moment der Liberalität, dessen Grundlage gar nicht so sehr die Demokratie bildet, sondern vielmehr die Republik. Dabei geht es zunächst nicht um die Staatsform, denn eine Republik kann auch eine konstitutionelle Monarchie sein. Es geht um die Unabhängigkeit der Gesellschaft vom Staat, um die Volkssouveränität und um eine starke Zivilgesellschaft. Für Kant war entscheidend, dass der König sich nicht in die Angelegenheiten der Universitäten, des menschlichen Privatlebens, der Kaffeehäuser und Salons einmischt. Das ist der wesentliche Punkt der liberalen Idee.

Was könnte man tun, um die Tradition der liberalen Demokratie in Europa zu bewahren oder zu stärken?

Ich bin keine Politikerin und keine Prophetin! Ich kann nur folgendes sagen: Zunächst gilt es schlicht und einfach die Vorgänge und Entwicklungen in der Welt wahrzunehmen, denn sonst hat die Frage, was zu tun wäre, keinen Sinn. Und hier ist mir im Blick auf Europa die Feststellung wichtig, dass Nationalismus auf unserem Kontinent überhaupt keine lange Tradition hat, obwohl und gerade weil auch immer wieder anderes behauptet wird. Nationalistische Strömungen können sich nicht auf europäische Traditionen berufen und wenn sie sich gar als deren Verteidigerinnen darzustellen versuchen, ist das absurd. Vor der Französischen Revolution existierte der Begriff Nation de facto gar nicht. Erst mit Napoleon und dem Widerstand, der sich gegen ihn formierte, stand Nationalismus zum ersten Mal auf der europäischen Tagesordnung. Johann Gottlieb Fichtes *Reden an die neue deutsche Nation* am Beginn des 19. Jahrhunderts sind ein erster Schritt zum Nationalismus. Denn hier wurde der Begriff Nation auch erstmals ethnisch definiert. Nationalstaaten kamen in Europa überhaupt erst mit dem Ersten Weltkrieg zustande. Dieser war für mich diesbezüglich der Sündenfall unseres Kontinents.

Aber zurück zu Ihrer Frage: Zunächst einmal wäre zu klären, wie eine Demokratie illiberal werden kann. „Demokratie“ wurde im Lauf der Geschichte sehr oft neu definiert. Heute werden in Ungarn, in der Türkei oder in Russland Tyrannen gewählt, immer und immer wieder, von einer Mehrheit der Bevölkerung. Diese erkennen Freiheitsrechte und Gewaltenteilung nicht an, Pressefreiheit und Elemente der Rechtsstaatlichkeit werden eingeschränkt. Also muss Demokratie neu definiert werden. Viktor Orbán spricht für Ungarn von einem „System der nationalen Zusammenarbeit“, gemeint ist damit der ethnische Nationalismus.

Sie sprechen im Blick auf Länder, die Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit einschränken, von „illiberaler

Demokratie“. Ist das nicht eine Verharmlosung, wo es doch um die Beschränkung von Elementen geht, die konstitutiv für demokratische Strukturen sind?

Nun, zum einen sprechen die in diesen Systemen Handelnden selbst von Demokratie; zum anderen geht es nicht so sehr um die Frage der Benennung, sondern um die Frage des Begriffsverständnisses. Das ist die Frage der Philosophen. Der Begriff illiberale Demokratie ist hilfreich, weil es vollkommen falsch wäre, Viktor Orbán als Faschisten zu bezeichnen. Er spricht grundsätzlich völlig zu Recht von einer Demokratie, er ist ja legitim gewählt, der Faschist hingegen braucht einen Putsch, um an die Macht zu kommen. Wir müssen also die Phänomene unserer Zeit verstehen: Heutzutage werden Tyrannen durch demokratische Prozesse gewählt! Das gilt es zu sehen und zu analysieren. In totalitären Staaten haben die Parteien die Regierung mit Gewalt erobert. Hitler hat in der letzten demokratischen Wahl 37 Prozent der Stimmen erhalten, nicht über 50 wie Erdoğan, Orbán oder Putin. Heute muss man die Staatsmacht nicht mehr mit Gewalt erkämpfen. Das ist ein neues Phänomen. In der heutigen Massengesellschaft erobert man die Macht mit Ideologie. Balint Magyar hat im Blick auf sein Heimatland treffend vom „ungarischen Polypen“ gesprochen. Das ist für mich ein sehr sprechendes Bild und erscheint mir sinnvoller, als Kategorien wie limitierte Demokratie oder gar Faschismus zu verwenden. Hinzufügen möchte ich, dass es wohl leichter ist, in Ländern eine illiberale Demokratie zu errichten, wo es zuvor nie oder lange Zeit keine liberale Demokratie gegeben hat – etwa in Ungarn. Liberale Demokratie ist keine für uns Menschen selbstverständliche Institution. Viel natürlicher im anthropologischen Sinn ist es doch, dass *ein* Mensch regiert. Die liberale Demokratie gründet auf einer Idee, ist also etwas Künstliches, das heißt, ich muss immer wieder neu an ihr bauen und arbeiten, damit sie gelingt und Bestand hat. Zukunftsgestaltung hat ja immer auch mit der Interpretation der Vergangenheit zu tun, ich kann in gewisser Weise aus verschiedenen Vergangenheiten wählen.

Deswegen ist mir auch die Hervorhebung der Tradition der liberalen Demokratie in Europa so wichtig. Denn, wenn wir über europäische Werte sprechen, dann müssen wir doch auch mitbenennen, dass Europa in gar nicht so ferner Vergangenheit furchtbare Unrechtsregime und den Holocaust hervorgebracht hat. Die Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union heißt auch wählen zu können: Auf welche Vergangenheit setze ich?

Wahlmöglichkeit impliziert stets auch Möglichkeit zur Beeinflussung und zur Manipulation. Gerade in den als illiberale Demokratien beschriebenen Systemen spielt das politische Schüren von Vorurteilen und Angst eine große Rolle. Wie könnte man dem begegnen?

Wir haben alle Vorurteile. Wir sind in eine Welt geworfen, die voll ist mit Vorurteilen. Auch in der liberalen Demokratie gibt es viele Vorurteile, ethnische Vorurteile, Rassenvorurteile, aber sie sind nicht institutionalisiert – das ist entscheidend. Antisemitismus war etwa in einigen europäischen Gesellschaften anders als in Amerika auf staatlicher Ebene institutionalisiert. Die Gefährlichkeit der Vorurteile hängt nicht von den Menschen ab, sondern von den Systemen, in denen diese Menschen handeln. Und wenn Sie das Schüren von Angst erwähnt haben – etwa mit Blick auf Migranten und Flüchtlinge: dabei geht es nicht um Vorurteile, sondern um Hass, um eine sehr gefährliche Ideologisierung der Vorurteile. Angstmacherei wird betrieben, um Hass zu erzeugen. Das gilt es zu benennen, denn hier werden bewusst Feindbilder generiert.

Wie sehen Sie den Zusammenhang zwischen der Schwächung liberaler Demokratie und populistischer Tendenzen?

„Populismus“ ist für mich ein sehr schlechter Ausdruck. Was heute in der Türkei oder in Ungarn passiert, ist für mich ethnischer Nationalismus, nicht Populismus. Hugo Chávez war ein Populist, man kann auch sagen, dass Cäsar ein Populist war. Im 21. Jahrhundert geht es darum, dass wir den Begriff der Demokratie neu

formulieren müssen. Wir haben bis vor kurzem gedacht, Demokratie hängt nur davon ab, dass eine Regierung mehrheitlich gewählt ist. Das hat sich aber grundsätzlich verändert. Die Klassengesellschaft hat sich zur Massengesellschaft gewandelt. In ersterer konnten sich die Parteien auf Klasseninteressen berufen, um eine Wahl zu gewinnen. Es gab ein fixes Parteiensystem, eine stabile Parteienlandschaft – das aber ist Geschichte. Wir leben nicht mehr im 20. Jahrhundert. In der heutigen Massengesellschaft kann man eine Wahl nur mit Ideologie gewinnen und das heißt mit Identitätspolitik. Die einfachste Weise dieser Politik ist, sich auf die ethnische Identität zu stützen: Zuerst bist du Ungar, und diese Identität wird durch alles Mögliche bedroht. Dabei wird Angst geschürt, aber eben auch eine sehr emotionale Geschichte erzählt. Das ist das, was den anderen Parteien fehlt. In Ungarn setzt Orbán auf eine Lügengeschichte, aber immerhin ist es eine Geschichte. Wer versucht, sie als Lügengeschichte zu entlarven, steht letztlich auf verlorenem Posten. Es geht darum, eine starke Gegengeschichte zu erzählen!

Religionen bauen auf existentielle Narrative. Welche Rolle könnten Religion und Kirche für gesellschaftspolitische Entwicklungen spielen?

Der gegenwärtige Papst spielt eine wichtige Rolle, er nimmt eine politische Agenda wahr. In diesem Jahrzehnt habe ich nur drei Personen in Europa gesehen, die zukunftsweisende politische Ideen vorantreiben: Angela Merkel, Emmanuel Macron und Papst Franziskus. Aber natürlich gibt es auch innerhalb des Katholizismus verschiedene Richtungen. In Ungarn etwa steht der Großteil der Kirchenhierarchie keinesfalls auf der Seite des Papstes. Man lässt sich blenden von Viktor Orbáns vordergründiger Unterstützung des Christentums. In Wahrheit zieht Orbán nur die Karte Religion im politischen Spiel!

Ihre Ethik und Moralphilosophie fußen wesentlich auf dem Begriff des „guten Menschen“. Nicht nur bei politischen

Stammtischgesprächen wird die Bezeichnung „Gutmensch“ inzwischen als Schimpfwort verwendet. Irritiert Sie das? Gibt es eine Möglichkeit, dem am Stammtisch oder im Polit-Diskurs sinnvoll zu begegnen?

Zunächst möchte ich grundsätzlich feststellen: Ich habe noch keinen Menschen getroffen, der von sich sagen würde, er sei ein böser Mensch. Im Grunde wollen wir doch alle gute Menschen sein. Wenn ich als Philosophin vom „guten Menschen“ spreche, möchte ich nicht nur eine praktische, sondern auch eine theoretische Frage lösen. Kant hatte das mit der Formulierung des kategorischen Imperativs versucht. Aber: Niemand ist nur deshalb moralisch geworden, weil er die Beweisführung für den kategorischen Imperativ verstanden hat. Ich beginne in meiner Ethik bei der Tatsache: „Es gibt gerechte, rechtschaffene Menschen.“ Es ist doch erstaunlich, dass der Begriff vom guten oder anständigen Menschen eigentlich durch die ganze Geschichte der Philosophie stabil geblieben ist. Sokrates hat ihn klassisch definiert als jemand, der lieber selber Unrecht erleidet als anderen Menschen Unrecht anzutun. Eine Definition des guten Menschen, die sich von Sokrates über Kant bis zum heutigen Tag gehalten hat. Ethik oder politische Theorie sind – das ist meine Überzeugung als postmetaphysische Denkerin – nicht als metaphysische oder epistemologische Konstruktion möglich. Es kann nur darum gehen, zu klären, was bereits praktiziert wird. Das heißt für mich, dass nur der „gute Mensch“ meiner eigenen Zeit als Grundlage und Bestätigung meiner Ethik dienen kann. Das Fundament der Ethik ist der anständige Mensch. Im zweiten Buch meiner Ethik habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, anständige Menschen auf ihrem Lebensweg zu begleiten, in ihren Entscheidungen, Bindungen und Konflikten. In meiner Beschäftigung mit Biographien von Überlebenden von Auschwitz oder des Gulag habe ich so gut wie immer den Hinweis auf einen guten Menschen gefunden und die Aussage, dass man ohne diesen guten Menschen nicht überlebt hätte. Darauf setze ich.



Im Zeichen des Kreuzes: Abschied vom Abendland?

Von Sebastian Pittl

Hundert Jahre nach dem Erscheinen von Oswald Spenglers monumentalem Werk ist er heute wieder in vieler Munde: der Untergang des Abendlands. Mit dem Wiederauftauchen dieses Gespensts kommen auch andere längst vergessen geglaubte Geister, nämlich die nationalistischen Verteidiger des Abendlands, wieder zum Vorschein. Wie kann in diesem Kontext eine Neueinschreibung des Christentums in Europa gelingen, die sich einer identitären Vereinnahmung entzieht, ohne deswegen den Raum der Öffentlichkeit aufzugeben?

Es sind heute nicht bloß neurechte Parteien und Bewegungen, die sich bei ihrem Kampf gegen die – vorwiegend islamischen – „Feinde“ Europas auf christliche Motive beziehen. Auch in traditionalistischen und evangelikal geprägten Segmenten der konfessionellen Kirchen ist die Verteidigung des (christlichen) Abendlands inzwischen zu einem zentralen Topos geworden, was in Verflechtungen von kirchlichen und neurechten politischen Akteuren einen besorgniserregenden Ausdruck findet. Das identitäre Christentum, das in solchen Allianzen (man denke bloß an die „Christen in der AfD“, die politischen Verflechtungen von Radio Maryja in Polen oder das Verhältnis der russisch-orthodoxen Kirche zu

Wladimir Putin) zum Vorschein kommt, ist dabei ein ungewöhnlich „ökumenisches“ Projekt, in dem katholische, evangelische und orthodoxe Christinnen und Christen zusammenfinden.

Identitären Selbstbehauptungsfiguren in Europas Politik und Kirchen scheint gemeinsam, dass sie von Ängsten getragen sind bzw. diese aus Kalkül bewirtschaften: Ängste vor Verlust von Sicherheit und Orientierung im Sog beschleunigter globaler Transformationsprozesse, Ängste angesichts des Schwindens der global dominanten Stellung des „Westens“ und Ängste vor dem weiteren Verlust an gesellschaftlicher Bedeutung der christlichen Kirchen. Diese Ängste verbinden die politische Neue Rechte mit traditionalistischen Kräften des Christentums und führen beide zu einer zweifelhaften Identifikation: Europa wird darin zum christlichen Abendland, zum Hüter und Verteidiger des Christlichen, während das Christentum seinerseits in Europa die höchste Stufe seines geschichtlichen Wegs, seine wahrhafteste Inkarnation und Vollendung erkennt. Die identitäre Variante dieser Identifikation ist dabei ein reaktionäres Abbild ihrer imperialen Spielart, wie sie in der konstantinischen Kirche vorgezeichnet ist und am Höhepunkt des europäischen Imperialismus ihren markantesten Ausdruck in der Weltmissionskonferenz von Edinburgh 1910 fand. Diese hoffte, die gesamte Welt innerhalb von einer Generation christianisieren zu können. War das Kreuz, in dessen Zeichen zu siegen Kaiser Konstantin gemäß der Überlieferung verheißen war, dabei Symbol eines imperialen Machtanspruchs (den der europäische Imperialismus radikalisierte und globalisierte), so wird es in seiner gegenwärtigen identitären Beanspruchung zum Differenzmarker, dessen öffentlichkeitswirksame

Wolfgang Becksteiner, Kreuz, 2018. Foto: Kölbl

Als der Künstler Karl Prantl in den 1990er Jahren den neuen Altar in der Leechkirche gestaltete, hätte er das Schwarze Kreuz am Antependium des Hochaltars gerne entfernen lassen. Zu sehr war es für ihn als Symbol der Deutschen Wehrmacht lesbar. In der ehemaligen Deutschordenskirche war es vom Orden an dieser und vielen anderen Stellen im Raum angebracht worden. Das nun von Wolfgang Becksteiner an irritierender Stelle an der Westwand der Kirche platzierte, aus einem Linienspiel von Metallstäben zusammengesetzte Kreuz, dessen Schatten im Scheinwerferlicht gleich präsent zu sein scheinen wie die reale Struktur, könnte auch als Reaktion auf diese und andere Vereinnahmungsversuche des christlichen Zeichens gelesen werden.

(Wieder-)Anbringung in Gerichten und Polizeirevieren in einer Verkehrung der Ereignisse von Golgota vor allem Abgrenzung und Selbstbehauptung symbolisiert.

Gerade in Zeiten der gefühlten Bedrohung ist die Versuchung verlockend, die eigene Verunsicherung mit kämpferischer Selbstbehauptung zu kaschieren. Dies gilt auch für Europas Kirchen. Doch die Hoffnung, durch die Rückgewinnung einer christlichen Deutungshoheit über Europa – und sei es im Bündnis mit neurechten Akteuren – ließe sich die gesellschaftliche Relevanz der Kirchen zurückerobern, ist eine ebenso große Fiktion wie der Glaube, die in der Globalisierung verloren gegangene Handlungsmacht von Staaten durch Renationalisierung wiederherstellen zu können. Das größte Kreuz Europas mag als Mahnmal gegen solche Allianzen dienen: Als architektonisches Wahrzeichen der Franco-Diktatur thront es 152 Meter hoch und 46 Meter breit über einer ebenso monumentalen, von Zwangsarbeitern in den Fels gehauenen Basilika im spanischen „Valle de los Caídos“ (Tal der Gefallenen). Politische Allianzen, die für eine gewisse Zeit Vorteile versprechen vermögen, können die Glaubwürdigkeit der Kirche jedoch für kommende Generationen zerstören.

Nun gibt es zweifellos auch eine nicht-identitäre Weise, das christliche Erbe Europas zur Geltung zu bringen. Gegen säkularistische Engführungen lässt sich etwa mit gutem Recht darauf verweisen, dass sich Aufklärung und Moderne, Menschenrechte und Demokratie zwar nicht ausschließlich, aber wesentlich auch aus christlichen Inspirationen speisen und sich Europa in diesem aufgeklärten Sinn auch einem christlichen Erbe verdankt. Doch auch diese Verweise drohen in einen subtilen Gestus der Selbstbehauptung zurückzufallen, wenn sie nicht zu einer Auseinandersetzung mit den tiefen Ambivalenzen führen, die sowohl die Geschichte des europäischen Christentums als auch jene der europäischen Aufklärung gekennzeichnet haben.

Europäischer Lernprozess zwischen Religion und „Vernunft“

Die Schattenseiten des europäischen Christentums zeigen sich in seinen imperialen und identitären Spielarten. Die Ambiguitäten des aufklärerischen Projekts liegen einerseits in Tendenzen zu einer Unterbestimmung von Affektivität, Ästhetik und Leiblichkeit; vor allem aber manifestieren sie sich im Widerspruch zwischen dem universalen Versprechen der Befreiung aller Vernunftwesen aus Unmündigkeit und Abhängigkeit und der faktischen Einschränkung dieses Versprechens auf bloß einen Teil der Menschheit, nämlich den weißen, westlichen und männlichen. Bereits bei Kant erscheint die schwarze Bevölkerung Afrikas als nicht vernunftfähig im vollen

Sinn. Der einflussreiche liberale Denker John Stuart Mill wiederum rechtfertigte ausdrücklich die von ihm in Europa bekämpfte „despotische Regierungsform“ im Umgang mit „barbarischen“ Völkern. Im 20. Jahrhundert wurden diese Widersprüche zum Gegenstand von anticolonialen und antirassistischen Kämpfen. Auf implizite Weise wirken imperiale Denk- und Verhaltensmuster jedoch auch heute noch nach. Dies zeigt sich etwa in der ungebrochenen Selbstverständlichkeit des westlichen „imperialen Lebensstils“ (Ulrich Brand), dessen globale Universalisierung aufgrund der benötigten Ressourcen und der ökologischen Folgekosten völlig undenkbar ist. Die gegenwärtigen Ereignisse an den Außengrenzen der Europäischen Union sind wohl weniger Europas „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Wolfgang Schäuble) als Europas Rendezvous mit den widersprüchlichen Versprechungen seines eigenen aufklärerischen Zivilisationsprojekts.

Für die christlichen Kirchen sind diese Widersprüche Auftrag und Chance, sich in Europa neu zu verorten. Dies verlangt nach einem Abschied vom Topos des „christlichen Abendlands“, der keinen Bruch mit der reichen Geschichte des Christentums auf diesem Kontinent meint, sondern auf dessen kritische *Relecture* im Zeichen veränderter globaler Herausforderungen zielt. Abschied ist in diesem Sinn verknüpft mit der Möglichkeit neuer Einschreibungen, die darauf verzichten, Europa als christliche Erbpacht zu betrachten und gerade so den Boden aufbereiten für Begegnungen auf Augenhöhe mit anderen Religionsgemeinschaften wie mit säkular eingestellten Bürgerinnen und Bürgern. Eine solche Haltung vermag den Hoffnungen auf einen wechselseitigen Kritik- und Lernprozess zwischen religiösen Traditionen und säkularer Vernunft entgegenzukommen, wie sie seit nun bereits etwas mehr als 10 Jahren von Jürgen Habermas formuliert werden. Die säkulare Vernunft muss in einem solchen Prozess nicht darauf verzichten, Kritik an Dogmatismus und Unvernunft zu äußern, um ihrerseits anzuerkennen, dass in religiösen Traditionen wertvolle Ressourcen (Erzählungen, Praktiken, Symbole ...) eingelagert sind, die mithelfen, „ein Bewusstsein für die weltweit verletzte Solidarität, ein Bewusstsein von dem, was fehlt, von dem, was zum Himmel schreit, zu wecken und wachzuhalten“. Trotz aller kritischen Fragen, die in den letzten Jahren an die Konzeption von Habermas gerichtet worden sind: Die Vision eines Bündnisses von religiösen und säkularen Akteuren, das über traditionelle Abgrenzungslinien hinweg sowohl gegen fundamentalistische Verhärtungen als auch gegen ökonomische Reduktionismen, Gleichgültigkeit und Fatalismus kämpft, ist für die Zukunft Europas wegweisend.

Das Pontifikat von Papst Franziskus hat in den letzten Jahren exemplarisch gezeigt, welches Potential die katholische Kirche diesbezüglich besitzt. Insbesondere in seinen



Foto: Kölbl

Reisen hat sich Franziskus konsequent den Orten der „verletzten Solidarität“, d. h. des Ausschlusses und der Marginalisierung zugewandt. So reiste der Papst nach Amman und Tirana, an die US-mexikanische Grenze sowie in Gefängnisse, Altenheime und Flüchtlingsunterkünfte. Die symbolträchtigste Reise mit Blick auf Europa war zweifelndfrei jene nach Lampedusa. In Lampedusa – genauso wie in Ceuta, Lesbos oder den libyschen Flüchtlingslagern – spiegeln sich auf dramatische Weise die Ambivalenzen des gegenwärtigen Europa, seine uneingelösten Versprechen, seine Widersprüche und Ängste. Im Zeichen des Kreuzes von Golgotta erhalten diese Orte zudem eine zutiefst christologische Markierung. Franziskus greift sowohl auf affektive wie ästhetische und religiöse Semantik zurück, um diesen Orten des Randes neue Sichtbarkeit und Relevanz zu verleihen. So kritisierte er in Lampedusa die Kultur der Gleichgültigkeit und fragte nach den nicht geweinten Tränen. In Bolivien sprach er von den Basisbewegungen als „sozialen Poeten“. In einer römischen Flüchtlingsunterkunft bezeichnete er die Flüchtenden als „Fleisch Christi“.

Dass diese Hinwendung zu den Rändern der Welt und Europas nicht gegen deren Zentren gerichtet ist, sondern auf ihre umfassende Erneuerung zielt, wurde in einer Rede des Papstes vor dem europäischen Parlament 2014 deutlich. Darin hieß es:

[D]ie Stunde ist gekommen, gemeinsam das Europa aufzubauen, das sich nicht um die Wirtschaft dreht, sondern um die Heiligkeit der menschlichen Person, der unveräußerlichen Werte; das Europa, das mutig seine Vergangenheit umfasst und vertrauensvoll in die Zukunft blickt, um in Fülle und voll Hoffnung seine Gegenwart zu leben. Es ist der Moment gekommen, den Gedanken eines verängstigten und in sich selbst verkrümmten Europas fallen zu lassen, um ein Europa zu erwecken und

zu fördern, das ein Protagonist ist und Träger von Wissenschaft, Kunst, Musik, menschlichen Werten und auch Träger des Glaubens ist. Das Europa, das den Himmel betrachtet und Ideale verfolgt; das Europa, das auf den Menschen schaut, ihn verteidigt und schützt; das Europa, das auf sicherem, festem Boden voranschreitet, ein kostbarer Bezugspunkt für die gesamte Menschheit!

Neueinschreibungen unter dem Zeichen des Kreuzes

Es ist ein überraschendes Paradox, dass in einer Situation, in der Europa selbst mit der Relativierung von Institutionen beginnt, die ihm – wie die Genfer Flüchtlingskonvention – lange als Ausdruck eines epochalen Fortschritts im Bewusstsein um die Würde jedes einzelnen Menschen gegolten hatten, es ausgerechnet ein Papst aus Lateinamerika ist, der Europa an die uneingelösten Versprechen seines humanistischen Erbes erinnert. Damit sind die Ambivalenzen im Verhältnis von Christentum und europäischer Aufklärung nicht beseitigt, aber in eine produktive Spannung gesetzt.

Im Licht dieser Spannung wird die Spur einer kritischen Zeitgenossenschaft des Christentums zu Europa erkennbar. Christinnen und Christen können in Europa nicht zu Hause sein wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser. Ihre Zugehörigkeit bringt sich passender in dem von Ivan Illich gebrauchten Bild des fliegenden Fisches zum Ausdruck: Fliegende Fische befinden sich außerhalb des Elements, dem sie angehören. Konkretisiert wird diese Figur nach Illich am Kreuz auf Golgota. Christus am Kreuz, ausgespannt zwischen den Elementen, am Hügel außerhalb der Stadt, bezeugt eine Treue zur Gemeinschaft, die zum Ausschluss aus eben dieser führt und sich in diesem Ausschluss dennoch aufrecht erhält. Im Zeichen dieses Kreuzes können sich ein fruchtbarer Abschied vom Abendland sowie die Neueinschreibung des Christlichen in Europa vollziehen – eine Neueinschreibung, die nach Kreativität und Mut verlangt, um ein Europa kritisch zu begleiten, das sich seinerseits neu erfinden müssen wird, um den Herausforderungen der globalisierten Welt zu begegnen: in Treue und Zugehörigkeit, aber ohne letzte Heimat.



Dr. Sebastian Pittl studierte katholische Theologie in Wien und Madrid. Seit 2015 leitet er den Forschungsbereich „Interkulturelle Theologie“ am Institut für Weltkirche und Mission in Frankfurt am Main.

Foto: Londo

Ein gemeinsamer Weg in der Kirche?

Ein Insiderbericht zur „Jugendsynode“ in Rom
Von Eva Wimmer



Foto: kathpress

Von 3. bis 28. Oktober 2018 fand in Rom die Bischofssynode zum Thema „Die Jugend, der Glaube und die Berufungsunterscheidung“ statt. Ich begleitete gemeinsam mit einem Referenten der Katholischen Jugend Österreich den Jugendbischof Stephan Turnovszky nach Rom und berichtete für österreichische Jugendorganisationen und andere Medien über die Synode. Meine Zeit in Rom war sehr lehrreich, intensiv und manchmal auch kurios. Es war auf alle Fälle eine spannende Erfahrung – diese Synode wird mich mit Sicherheit noch längere Zeit beschäftigen.

Ich habe dabei gemerkt, wie schwierig es ist, in der Kirche einen gemeinsamen Weg zu gehen und welche Dimensionen Weltkirche hat. Ich bin sehr froh darüber, dass Papst Franziskus auf die Synodalität der Kirche fokussiert und damit mehr Mitbestimmung für unterschiedliche Personenkreise vorantreibt. Es gibt noch viele Möglichkeiten, diesen Fokus auszubauen. Die Jugendsynode ist durch manche Neuerungen und Beschlüsse dafür ein guter Grundstock.

Es wurde besonders darauf geachtet, dass es keine Synode über Jugendliche, sondern mit Jugendlichen wird. Das wurde bereits bei der Vorstellung des Vorbereitungsdokuments der Synode und an einem Brief, den Papst Franziskus an „[s]eine lieben Jugendlichen“ geschrieben hat, ersichtlich. Eine Neuerung war außerdem die einwöchige Vorsynode der Jugendlichen, welche im März 2018 im Vatikan stattgefunden hat. Bei diesem Format waren etwa 300 junge Menschen aus der ganzen Welt anwesend, um ein Dokument

zu schreiben, welches in die Arbeitsgrundlage der Synode einfließen sollte. Die Mitglieder der Vorsynode wurden zu einem Drittel von den Bischofskonferenzen entsandt und die restlichen Teilnehmer/innen wurden vom Vatikan ausgewählt. Für Österreich durfte ich teilnehmen.

Ich finde, dass es ein notwendiger Schritt war, uns jungen Menschen Mitsprache einzuräumen und Verantwortung zu übertragen. Ein Kritikpunkt an der Vorsynode war, dass wir für die Erarbeitung des Dokumentes keine ausgebildeten Übersetzer bekamen. In den Versammlungen hatten wir zunächst Simultanübersetzer/innen (Englisch, Spanisch, Italienisch, Französisch, Portugiesisch) die die gemeinsamen Diskussionen erleichterten. Die Teilnehmer/innen wurden in 20 Sprachgruppen aufgeteilt, auch in Facebook-Gruppen tauschte man sich aus. In den Gruppen diskutierten wir 15 vom Vatikan vorgegebene Fragen und verfassten Entwürfe für das Dokument. Es gab anschließend ein Redaktionsteam, bestehend aus Teilnehmer/innen, die von den fünf offiziellen Arbeitssprachen mindestens zwei fließend sprechen konnten. Diese hatten die Dokumente der Sprach- und Facebook-Gruppen ins Englische zu übertragen, zusammenzufassen und anschließend in die fünf Sprachen rück zu übersetzen. Es fehlte uns hier wie erwähnt an professioneller Unterstützung.

Bei der Eröffnung des Treffens ermunterte uns Papst Franziskus, den Mut zu haben, die Kirche auch einmal zu kritisieren – als junger Mensch habe man die Freiheit dazu!

Ich kann also von einem Stück Freiheit bei der Vorsynode reden, wenn auch nur in einem abgesteckten Rahmen, denn durch die vorgegebenen Fragen wurden die Diskussionen gelenkt. In meiner Sprachgruppe und in anderen Gruppen wurden daher separate Anmerkungen zu verschiedenen Themen gemacht.

Bei der Synode selbst gab es dann ebenfalls junge Menschen, die teilnehmen durften. Bei der Vorsynode hatten wir immer wieder die Forderung eingebracht, dass pro Bischof ein junger Mensch in der Synode sitzt. Der Synodengeneralsekretär nahm diese Forderung zur Kenntnis und diskutierte mit uns darüber. Kurz vor Beginn wurde dann bekannt, dass 49 so genannte Auditoren anwesend sein werden. Diese hatten das Recht, in der Aula eine Rede zu halten und mit den Bischöfen in den Sprachgruppen zu diskutieren, jedoch waren sie nicht stimmberechtigt. Für mich war die erste große Enttäuschung in Rom, dass von den 49 Auditoren nur 34 Jugendliche waren (darunter versteht der Vatikan Menschen zwischen 16 und 29 Jahren). Aus dem deutschsprachigen Raum war Thomas Andonie vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend als Auditor anwesend, als ökumenischer Gast nahm außerdem Julia Braband vom Lutherischen Weltbund teil.

Der „Outcome“ der Jugendsynode: Vorwärts, wenn auch noch nicht mit großen Schritten

Im Abschlussdokument der Synode gibt es einige Punkte, mit denen ich nicht glücklich bin oder die ich nicht verstehe. Grundsätzlich kann ich aber positiv auf dieses Dokument sehen und freue mich auf die Weiterarbeit. Ein Punkt, der mich besonders positiv stimmt ist folgender:

Der synodale Prozess geht weiter

120. Mit dem Ende der Versammlung und dem Dokument, das deren Ergebnisse zusammenfasst, ist der synodale Prozess noch nicht abgeschlossen, sondern es wird nur eine Etappe erreicht. Da die konkreten Bedingungen, die realen Möglichkeiten und die dringenden Bedürfnisse junger Menschen von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent sehr unterschiedlich sind, auch wenn der gemeinsame Glaube sie vereint, laden wir die Bischofskonferenzen und die Teilkirchen ein, diesen Weg fortzusetzen und sich an Prozessen der gemeinschaftlichen Unterscheidung zu beteiligen, die auch diejenigen in die Beschlussfassung miteinbeziehen, die keine Bischöfe sind, so wie diese Synode es getan hat. Zum Stil dieser kirchlichen Wege sollten brüderliches Zuhören und der generationenübergreifende Dialog gehören, mit dem Ziel, pastorale Leitlinien zu entwickeln, die besonders auf ausgegrenzte Jugendliche und diejenigen eingehen, die wenig oder gar keinen Kontakt zu kirchlichen Gemeinschaften haben. Wir hoffen, dass sich Familien, Ordensinstitute, Verbände, Bewegungen und

die jungen Menschen selbst an diesen Wegen beteiligen, damit sich die „Flamme“ dessen, was wir in diesen Tagen erlebt haben, ausbreiten kann.

Der eigentliche Weg liegt noch vor uns

Der synodale Prozess ist also noch nicht abgeschlossen, sondern es sollen nun weitere Handlungen und Prozesse folgen. Dieser Absatz wurde während der Synode viel diskutiert und gehört zu den Absätzen mit der geringsten Zustimmung. (es gab 203 Fürstimmen und 39 Gegenstimmen) Darin wird betont, dass beim kirchlichen Handeln ein gemeinsamer, vom Zuhören geprägter Weg unumgänglich ist. Nicht eine Person soll alles bestimmen, sondern in Gesprächen und Diskussionen ein Weg gefunden werden. Es ist für mich sehr spannend zu sehen, dass hier dezentrale Lösungen betont werden. Bei der Vorsynode haben wir Teilnehmer/innen immer wieder darüber gesprochen, ob alle Lösungen von Rom ausgehen müssten, oder ob es nicht individuellere Lösungen für die einzelnen Nationen bräuchte. Der Prozess nach der Synode liegt jetzt noch vor uns und das Abschlussdokument der Synode hat viel Potential zur Weiterarbeit. Die Frage ist aber, ob es Prozesse geben wird, die von den Jugendorganisationen gemeinsam mit den Bischofskonferenzen gestartet werden. Eine weitere Frage ist für mich, wie Papst Franziskus mit diesem Dokument umgeht und ob es im Vatikan ebenfalls Neuerungen geben wird.

Man merkt an diesen kurzen Ausführungen, dass eine echte Partizipation in manchen Bereichen ermöglicht wurde, in anderen aber noch Aufholbedarf besteht. Die Synode hat in mir jedoch die Hoffnung geweckt, dass es Schritte vorwärts geben wird. Besonders in Rom ist mir die positive Stimmung in Erinnerung geblieben, sowie das Gefühl von Aufbruch und Neuerung. Seit November gab es für mich in Österreich einige dieser Momente. Ich hoffe, dass dieses Gefühl des Aufbruches nicht nur eine schöne Erinnerung bleibt, sondern in manchen Bereichen Umsetzung findet. Durch diese Synode ist auf alle Fälle im Vatikan eine Sensibilität für die Anliegen junger Menschen geschaffen worden. Im Sinne des synodalen Prozesses ist die Jugendsynode damit noch nicht beendet, sondern der Weg liegt noch vor uns!



Eva Wimmer studiert in Graz Theologie. Von 2015 – 2017 war sie ehrenamtliche Vorsitzende der Katholischen Jugend Oberösterreich. Seit November 2018 ist sie designierte ehrenamtliche Vorsitzende der katholischen Jugend Österreich.

Foto: Wimmer

Das „Mariazeller Manifest“

... immer wieder Partei für Würde und Wert der Menschen ergreifen.
Von Stephanie Glück

Mit dem als „Mariazeller Manifest“ bekannt gewordenen Dokument aus dem Jahr 1952 bekannte sich die katholische Kirche Österreichs zu einer „freien Kirche in einer freien Gesellschaft“. Der folgende Beitrag gibt einen Einblick in die Genese und Rezeption dieser bis heute nachwirkenden (Neu-)Positionierung der katholischen Kirche in diesem Land.

Das Mariazeller Manifest entstand auf einer Studientagung vom 1. bis 4. Mai 1952, die in Vorbereitung auf den ersten Österreichischen Katholikentag nach dem Krieg stattfand. Letzterer wurde im Herbst 1952 in Wien, das erste Mal nach 19 Jahren, unter dem Motto „Freiheit und Würde des Menschen“ abgehalten. Bei dieser vorbereitenden Tagung in Mariazell trafen sich Priester und Laien aus allen Diözesen mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen, um sich zu beraten. Die Ergebnisse dieses Treffens wurden im Mariazeller Manifest festgehalten, dessen ursprüngliche Bezeichnung „Offizieller Bericht der Pressestelle des Österreichischen Katholikentages“ lautete. Erst zehn Jahre später gab der Autor, Richard Barta, dem Dokument den prägnanten Titel „Mariazeller Manifest“, unter dem es heute bekannt ist. Barta (1911-1986), in Wien geborener, promovierter Germanist, war Pressechef des Katholikentages und in dieser Funktion maßgeblich für den Text des Manifests verantwortlich. Auch wenn das Mariazeller Manifest nicht von der Österreichischen Bischofskonferenz beschlossen wurde, ist es heute auf deren Homepage unter „Hirtenbriefe“ abrufbar.

Die Negationsebene: Vermeiden von Fehlentwicklungen

Bei der Formulierung dieser „Charta des österreichischen Katholizismus der Nachkriegszeit“ (Barta) liegt die Betonung vor allem auf dem Begriff „freie Kirche“. Was damit gemeint ist, kann nur mit Blick auf die Geschichte verstanden werden. Wie im Manifest selbst zu lesen ist, sollen (kirchlich als solche wahrgenommene)

Fehlentwicklungen vorangegangener Epochen der Vergangenheit angehören, die im Einzelnen im ersten Teil aufgezählt werden:

- Keine Rückkehr zum Staatskirchentum: Damit ist ein System wie der Josephinismus gemeint, „das die Religion zu einer Art ideologischen Überbau der staatsbürgerlichen Gesinnung degradierte, das Generationen von Priestern zu inaktiven Staatsbeamten erzog“, wie es im Manifest heißt.
- Kein Bündnis von „Thron und Altar“, wie in der Zeit der Monarchie die enge Verbindung zwischen Kaiser und Kirche umschrieben wurde, und welches „das Gewissen der Gläubigen einschläferte und sie blind machte für die Gefahren der inneren Aushöhlung“.
- Kein Protektorat einer Partei über die Kirche. Damit spricht das Manifest die Zeit des Politischen Katholizismus an, in der die Christlichsoziale Partei eine Symbiose mit der Kirche einging, durch welche die Erste Republik stark geprägt wurde.
- „Keine Rückkehr zu jenen gewaltsamen Versuchen, auf rein organisatorischer und staatsrechtlicher Basis christliche Grundsätze verwirklichen zu wollen“. Das ist die Absage an den sogenannten „Christlichen Ständestaat“, an das Dollfuß-Schuschnigg Regime, das von 1933 bis 1938 versuchte, einen christlichen Staat unter autoritären Vorzeichen zu errichten. Das Manifest will damit festhalten, dass die Idee eines solchen Staates nicht mehr zeitgemäß ist, weil der moderne Staat der Staat aller ist und nicht nur ein christlicher.

Aufgaben einer „freien Kirche“

Nach diesen Negationen und Abgrenzungen von dem, was eine freie Kirche nicht ist, benennt das Manifest die Aufgaben, die einer freien Kirche zukommen. So soll es keinen Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben geben, sondern im Gegenteil: Die Kirche definiert sich als Kirche mit „weltoffenen Türen und ausgebreiteten Armen“, die mit allen zur Zusammenarbeit bereit ist; vor allem mit



Kardinal Franz König besuchte 1965 die Arbeiter in der Bundesbahnwerkstätte
Foto: Kardinal König Archiv/Gürer

dem Staat, „in allen Fragen, die gemeinsame Interessen berühren“, „mit allen Ständen, Klassen und Richtungen“ und mit allen Konfessionen, um das gemeinsame Wohl durchzusetzen. Die Kirche sieht die freie Gesellschaft als ihre Partnerin und dies könne sie nur sein, wenn sie nicht totalitäre Tendenzen habe und sich energisch gegen Übergriffe der staatlichen Macht stelle sowie den Einzelnen schütze. Eine Gesellschaft könne aber nur frei sein, wenn sie funktioniert und dies tue sie nur, wenn die Familie in Ordnung ist. Das Mariazeller Manifest sieht die Familie in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg in Not und regt an, dass die Politik hier entgegensteuern müsse. In engem Zusammenhang mit der problematischen Situation der Familie stünde die Wohnungsnot, weil es Familien nur bei einer Wohnpolitik, die menschenwürdige Wohnungen bereitstellt, möglich sei, sich frei zu entfalten.

Bemerkenswert ist, dass das Manifest vor allem die Stellung der Frau, egal ob Hausfrau oder Berufstätige, hervorhebt und um ihrer Würde wegen „die Last zeitraubender und aufreibender Arbeit erleichtert“ werden soll.

Zum Schluss kommt das Mariazeller Manifest auf die Heimatvertriebenen zu sprechen, die noch in Österreich leben und betont die eigene Sicht der Kirche als Anwältin von deren Forderungen.

Kardinal König und das Mariazeller Manifest

Die Jahre nach 1952 waren geprägt von einer durchwegs guten Beziehung zwischen Kirche und Staat: Die Zeiten des Kulturkampfes waren vorbei und auch die Parteien arrangierten sich mit der neuen Situation. Dies war vor allem dem damaligen Erzbischof von Wien, Kardinal Franz König (1905-2004), zu verdanken, der von 1956 bis 1985 der Bischofskonferenz der österreichischen Kirche vorstand und in den Dialog mit der Sozialistischen Partei trat. König fand in Kanzler Bruno Kreisky (1911-1990) einen offenen Gesprächspartner, der sich auch für ein gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche einsetzte und alte Gräben zu überwinden versuchte.

Für Kardinal König bildete das Mariazeller Manifest die Grundlage seines Verständnisses vom Verhältnis von Kirche und Politik und er betonte immer wieder, was aus dem Manifest nicht abgeleitet werden könne: eine „Äquidistanz“ der Kirche zu politischen Parteien. Vielmehr würden die Parteien anhand ihres Programms, ihrer Vertreter und ihrer politischen Praxis die Nähe oder Distanz zur Kirche selbst bestimmen. Eine zweite falsche Konsequenz sah König im Rückzug von Katholikinnen und Katholiken aus der Politik. Die Kirche dürfe den Gläubigen zwar nicht vorschreiben, welche Partei sie wählen sollen, es sei aber ihre Aufgabe, die christliche Verantwortung ihrer Mitglieder zu stärken und an sie zu appellieren, sodass christliche Bürgerinnen und Bürger aus dieser Verantwortung heraus selbst zu Lösungen kommen. Auch Bischöfe seien dazu aufgerufen, in der politischen Öffentlichkeit aufzutreten, wenn Grundsatzfragen betroffen sind, die das christliche Welt- und Menschenbild betreffen.

Kardinal König selbst tat dies Anfang der 1970er Jahre, als die SPÖ-Alleinregierung eine Aufweichung des Abtreibungsverbots, die sogenannte Fristenregelung, anstrebte. Er protestierte als Vorsitzender der Bischofskonferenz in einem Brief an Kanzler Kreisky dagegen, er unterstützte ein Volksbegehren der „Aktion Leben“ und nahm auch an einem Marsch für das Leben teil. Dass die Fristenregelung dennoch beschlossen wurde, war für den Kardinal Zeit seines Lebens eine „offene Wunde“.

Heutige Bedeutung

Auch wenn das Mariazeller Manifest schon vor fast 67 Jahren verfasst wurde, so sind seine Inhalte keineswegs überholt. Die Kirche hat zwar in Österreich bedingt durch gesellschaftliche und religiöse Umbrüche ihre dominierende Stellung in der Gesellschaft verloren (es seien nur die Stichworte De-Konfessionalisierung, De-Institutionalisierung, wachsende Kirchendistanz, Individualisierung erwähnt), ist aber immer noch eine wichtige Akteurin im gesellschaftlichen Leben. Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, wie sie im Mariazeller Manifest proklamiert wurde, steht grundsätzlich auf einer positiven Basis.

Aus dem Manifest ergibt sich klar, dass die Kirche keine Parteipolitik betreiben darf – dies ist auch heute noch gültig. Das bedeutet aber nicht, dass die Kirche sich nicht zu gesellschaftlichen Fragen äußern darf. Dem Volk Gottes, also allen Getauften, obliegt die Aufgabe, sich am politischen Diskurs zu beteiligen und sich als Christinnen und Christen einzubringen. Das Verhältnis zwischen Kirche und Politik war auch Thema am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965): die Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* tritt für eine Trennung zwischen Staat und Kirche

ein, sieht aber eine Zusammenarbeit bei Bereichen, die den Menschen betreffen, als notwendig an. Die Kirche habe „immer und überall“ das Recht, „in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen.“ (Art. 76 GS) Damit sprechen die Konzilsväter an, was ein gutes Jahrzehnt zuvor schon das Mariazeller Manifest vorweggenommen hatte.

Dass es mitunter schwierig ist, in aktuellen politischen Debatten „die“ christliche Position bei wahlwerbenden Parteien oder Politikern zu erkennen, zeigte sich erst in jüngster Vergangenheit, als die Kirche bei der Bundespräsidentenwahl 2016 von verschiedenen Seiten dazu aufgefordert wurde, sich klar für einen Kandidaten auszusprechen. Der FPÖ-Kandidat Hofer vertrat den Schutz des Lebens, der aus dem grünen Lager stammende Kandidat und spätere Bundespräsident Van der Bellen stand für eine humane Flüchtlingspolitik. Die offizielle Kirche gab auch hier keine Wahlempfehlung ab, Kardinal Schönborn ermunterte die Katholikinnen und Katholiken, sich gewissenhaft ein eigenes Bild von den Kandidaten zu machen. Die Kirche hat somit von einer populistischen Verkürzung und Vereinfachung einer komplexen Thematik Abstand genommen. Schon Kardinal König hatte betont, dass sich aus der christlichen Verantwortung heraus bei manchen Fragen verschiedene Lösungsmöglichkeiten ergeben können, er fand die Antwort in der Bergpredigt: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,20).

Die Kirche versteht sich also nach dem Mariazeller Manifest wie eingangs erwähnt als „freie Kirche in einer freien Gesellschaft“. Sie muss im politischen Diskurs immer wieder Partei für Würde und Wert der Menschen ergreifen, gerade für jene, die keine eigene Stimme haben. Katholikinnen und Katholiken sind dem Evangelium verpflichtet und damit auch einem aktiven Eintreten für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Menschen und der Welt in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Mag.^a Stephanie Glück, LL.M.,
2000–2005 Studium der Rechtswissenschaften an
der KFU Graz, 2006–2010 Lehrgang Kanonisches
Recht für JuristInnen an der Universität Wien,
Februar 2019 Abschluss des Studiums der Fachtheo-
logie an der KFU Graz, seit März 2013 Mitarbeiterin
am Institut für Kirchengeschichte und Kirchliche
Zeitgeschichte an der Theologischen Fakultät Graz,
seit Oktober 2017 Univ.-Ass. an diesem Institut.



Foto: Glück

Immer wieder darüber sprechen

Gelebte Solidarität im Dschungel von Calais
Von Valentina Dovico sa



Foto: Wikimedia Commons

Calais und sein sogenannter „Dschungel“ erlangten ab 2015 auf der ganzen Welt traurige Berühmtheit. Die Situation in diesem nordfranzösischen Flüchtlingslager war zu dem Zeitpunkt dermaßen außer Kontrolle geraten, dass die französische Regierung beschloss, dessen Hauptteil räumen zu lassen. Die Geschichte dieses Ortes ist allerdings wesentlich älter und verworrener – trotz aller Versuche, die Entstehung neuer Barackensiedlungen zu verhindern, ist das dramatische Schicksal der Menschen an diesem Ort bis heute eine brennende Frage.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die wichtigsten historischen und politischen Eckpunkte: Die Lage als Grenzstadt zum Ziel- und Sehnsuchtsort Großbritannien machte Calais schon seit jeher zu einer wichtigen Anlaufstelle für (legale und illegale) Migranten, die den Ärmelkanal überqueren wollten. Im Jahr 1994 verstärkte sich dieses Phänomen durch den Bau des Eurotunnels, der auf französischer Seite in der Nähe von Calais beginnt, noch weiter. Seit der Unterzeichnung des so genannten Sangatte-Protokolls zwischen Großbritannien und

Frankreich im Jahr 1991 finden die Grenzkontrollen für die Einreise nach Großbritannien bereits in der kleinen französischen Gemeinde Coquelles statt. Das 1993 in Kraft getretene Protokoll führte vor allem dazu, dass illegale Migranten bereits vor der Überquerung der britischen Grenze in Frankreich aufgehalten wurden. So sammelten sich diese allmählich in der Gegend zwischen Calais, Dunquerque und Sangatte an.

Trotz der stetig steigenden Zahl an Flüchtlingen griff der französische Staat erst im Jahr 1999 ein, indem er in einer ehemaligen Flugzeughalle nahe des Eurotunnels ein Auffanglager unter der Leitung des Roten Kreuzes errichtete. Das Lager, das für rund 800 Personen konzipiert war, beherbergte jedoch bald an die 1.800 Menschen. Die Migranten begannen, in den umliegenden Wäldern Unterschlupf zu suchen, kehrten jedoch weiterhin regelmäßig ins Lager zurück, weil sie dort Gesundheitsversorgung, Nahrung und Kleidung erhielten. Nachdem dort innerhalb von nur drei Jahren über 60.000 Personen durchgezogen waren, wurde das Auffanglager im Jahr 2002 geschlossen. Im Februar 2003 wurde in Le Touquet

ein weiteres Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien unterzeichnet, das unter anderem die Anwesenheit britischer Polizisten auf französischem Boden für Einreisekontrollen nach Großbritannien zur Folge hatte. Weiterhin trafen in unregelmäßigen Schüben neue Migranten ein. Diese konzentrierten sich vor allem auf die Gegend in und um Calais, woraufhin die Baracken, die immer wieder in den Vororten und in den Wäldern auftauchten, geräumt wurden.

Vom kleinen Barackenlager zum „Dschungel“

Im Jahr 2009 standen jedoch nur mehr ein paar vereinzelte Baracken – ein kleiner Slum, der bis zu 700 Migranten umfasste, aber rasch geräumt wurde. Die Migranten kamen aber wieder und der neue Flüchtlingsstrom aus Griechenland und Italien führte zur Entstehung neuer Lager. Letztere wurden aber im Mai 2014 aufgrund einer Aussatzepidemie geräumt. Bereits im Juni befanden sich allerdings schon wieder an die 900 Migranten in Calais. Wenige Wochen später wurde die Hauptsiedlung geräumt, doch die Migranten kehrten erneut zurück. Denn schließlich hatten sie auf ihrer Reise unvorstellbare Strapazen auf sich genommen, in der Wüste und bei der Überquerung des Mittelmeeres Freunde und Verwandte verloren und waren vor Hunger, Armut und Krieg geflüchtet.

Nachdem die Zahl der Migranten weiter angestiegen war und im Oktober 2015 bei ungefähr 6.000 lag, griff der französische Staat erneut ein und zwar mit dem Vorschlag einer Umverteilung jener Menschen, die ein Recht auf den Flüchtlingsstatus hatten – alle anderen seien abzuschieben. Gleichzeitig bemühte man sich, Frauen und Kinder in das Aufnahmезentrum „Jules Ferry“ zu verlegen. Zahlreiche Hilfsorganisationen betätigten sich in Calais am Bau von Holzhütten und halfen auf verschiedene Weise mit, in dem sich schnell ausbreitenden Dorf ein Mindestmaß an Würde zu gewährleisten. Es entstanden ethnische „Restaurants“, Kirchen, Moscheen und Schulen und Freiwillige aus aller Welt strömten herbei, um mitzuhelfen. Aus den mitunter chaotischen Verhältnissen im Lager erwuchs jedoch auch Gewalt, unter der die Kleinsten und Schwächsten am meisten zu leiden hatten; Vergewaltigungen und andere Gewalttaten standen auf der Tagesordnung. Außerdem versteckten sich unter den anderen Migranten auch zahlreiche Schlepper – dieser Ort der Zuflucht drohte also zum sprichwörtlichen Dschungel zu werden. Im Februar 2016 entschied das Verwaltungsgericht von Lille daher, dass der südliche Teil des Lagers geräumt werden sollte. Nach Meinung der Hilfsorganisationen führte das jedoch nur dazu, dass sich fortan alle Migranten den verbliebenen Teil des Lagers teilen mussten. Darin sahen einige einen der Hauptgründe für die ethnischen Auseinandersetzungen in jenen Monaten.

Während die Zahl der Migranten im April noch bei rund 4.500 lag, erhöhte sich diese bis zum Sommer auf bis zu 10.000 (laut Schätzung der Hilfsorganisationen). Auf jeden Fall war die Situation kaum mehr zu bewältigen und im September 2016 ordnete der damalige französische Innenminister Bernard Cazeneuve die komplette Räumung des Dschungels an.

„Anti-Migrations-Mauer“, Räumungen und humanitäre Lichtblicke

Gleichzeitig mit den Abbrucharbeiten im Lager begann der Bau einer vier Meter hohen und einen Kilometer langen „Anti-Migrations-Mauer“, die vollständig von Großbritannien finanziert wurde. Im Oktober 2016 blockierte jedoch der Bürgermeister von Calais, der zuvor die Errichtung der Mauer selbst bewilligt hatte, die Bauarbeiten. Am 24. Oktober 2016 setzte schließlich die Räumung des Dschungels ein, begleitet von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Migranten. Die rund 6.500 erfassten Migranten wurden in Aufnahmезentren verlegt. Diese Geschehnisse hatten die Entstehung wilder Lager in den Pariser Vororten zur Folge. Nicht zuletzt aufgrund einer Anpassung des Dublin-Abkommens konnten nun Migranten, die aus Calais angekommen waren, direkt in Frankreich um Asyl ansuchen, auch wenn ihr Ersteinreiseland ein anderes war. Zudem kehrten jene Flüchtlinge, die von sich aus nicht in Frankreich bleiben wollten oder dort bereits einen negativen Asylbescheid erhalten hatten, nach Calais zurück.

Von politischer Seite setzte man sich jedoch vehement gegen die neuerliche Entstehung eines Flüchtlingslagers zur Wehr. Polizei und Sicherheitsorgane schritten sofort ein, wenn irgendwo in der Stadt neue Baracken auftauchten. Direkt nach der Räumung wurde sogar die Nahrungsmittelversorgung durch Polizeistreifen, die die Versorgungswege versperrten, erschwert. Als die französische Caritas Duschcontainer auf dem Gelände platzieren wollte, wurden vor dem Eingang ihres Lagerplatzes Betonblöcke aufgestellt. Außerdem wurde die Caritas dazu angehalten, in eigens dafür bereitgestellte Container außerhalb der Stadt umzusiedeln, damit die Migrantenmassen in der Stadt nicht sichtbar wären. Die Hilfsorganisationen gaben jedoch nicht auf, sondern verstärkten ihre Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander noch.

Allmählich entwickelten sich mehr oder weniger geduldete Versorgungsstellen und jenen Hilfsorganisationen, welche die Lebensumstände der Migranten zwischen Calais, Dunquerque und Grande-Synthe als unmenschlich erachteten, gelang es, ein erneutes Eingreifen durch den Staat zu erwirken. So reichten sie im Sommer 2017 gemeinsam vor dem französischen Staatsrat eine Klage ein. Am 31. Juli gab ihnen letzterer recht – die Migranten seien in der Tat



Foto: Michael Spekkers

unmenschlichen Behandlungen ausgesetzt. Laut Beschluss mussten die Präfektur und die Gemeinde Trinkbrunnen, Duschen und Informationsstellen errichten und für jene, die in Frankreich um Asyl ansuchen wollten, Rückverlegungssysteme implementieren. Die gemeinsamen Hilfsaktivitäten sind nach wie vor im Gange. Große Organisationen, für die junge Menschen aus aller Welt im Einsatz sind, arbeiten Hand in Hand mit kleinen, regionalen Vereinen – neben der Caritas Frankreich („Secours Catholique“) gibt es etwa eine „Refugee Community Kitchen“ und eigene Einrichtungen zum Schutz von Kindern und minderjährigen Flüchtlingen.

Ein Problem, das sich nicht einfach nach außen abwälzen lässt

Auch wenn inzwischen ein gut abgestimmtes Netzwerk an Hilfsorganisationen im Einsatz ist, sind die Umstände für die Tausenden Migrant*innen rund um Calais alles andere als günstig. Durch die Verlegung der britischen Grenze auf französischen Boden hat sich das angepeilte Zielland, von dem viele schon seit Jahren, also seit ihrer Abreise in ihren Heimatländern, träumen, noch weiter entfernt. In einem LKW versteckt über die Grenze zu kommen, wird immer schwieriger; Die Parkplätze und Stadtautobahnen sind von Zäunen und Stacheldraht umgeben und um heimlich in einen LKW einsteigen zu können, müssen sich die Migrant*innen immer weiter von Calais entfernen. Dadurch können sie nicht sicher sein, dass der LKW tatsächlich nach Großbritannien unterwegs ist und nicht wenige springen, wenn sie auf ihren Handys sehen, dass der LKW Richtung Belgien fährt, mitten auf der Autobahn ab! Viele landen mit mehreren Knochenbrüchen im Krankenhaus, andere werden von nachfolgenden Fahrzeugen überfahren

und verlieren dabei ihr Leben. Zur Winterzeit macht das nordfranzösische Klima die Situation nicht besser. Durch Regen, Schnee und Polizeistreifen, die Zelte und Schlafsäcke beschlagnahmen, wird das Leben der Migrant*innen ernsthaft aufs Spiel gesetzt.

Wie soll man sich verhalten? Einfach nur zusehen, sich wegdrehen oder doch versuchen, zu helfen? Was soll man antworten, wenn man von einem dieser jungen Männer gefragt wird: „Wem sollen wir glauben? Euch Freiwilligen, die uns helfen wollen oder der Polizei, die uns vertreiben will?“ Calais, Lesbos (Griechenland), Lampedusa (Italien) – das alles sind Symptome eines scheinbar weit entfernten Leidens. Das Flüchtlingsproblem wird nicht dadurch gelöst, indem man versucht, die Verantwortung auf ein Land weit weg von unseren Grenzen abzuwälzen. Auch nicht, indem wir so tun, als existiere es nicht, solange wir es von den europäischen Städten fernhalten. Wir dürfen davor nicht die Augen verschließen, sondern müssen immer wieder darüber sprechen, damit diese Menschen nicht vergessen werden.

Aus dem Italienischen von Johanna Thalhammer, gekürzt

Valentina Dovico, Italienerin und seit drei Jahren Mitglied der Kongregation der Helferinnen. Lebt in Turin und studiert Sozialpädagogik. Sie hat als Ehrenamtliche in Conflan Fin d'Oise in einer Hilfsorganisation für Flüchtlinge aus Tibet, in Turin in einer Gemeinschaft für unbegleitete Minderjährige sowie in Calais mit der Caritas Frankreich und der Hilfsorganisation Sallam gearbeitet.



Foto: Dovico

Träumen von Herrschaft und Gewalt

Simone Weil zum Aufwachen
Von Thomas Sojer

„Männer der Taten und der Initiative müssen träumen. Sie ziehen ihren Traum der Wirklichkeit vor. Mit roher Gewalt zwingen sie die Welt, ihren Traum zu leben. [...] Gewalt macht ihren Traum mächtiger als jede Wirklichkeit. [...] Der Schlag gegen die Menschen muss so gewalttätig sein, dass sie für immer vergessen, was Wirklichkeit bedeutet. Dein Wille, deine Fantasien, deine Träume werden sie ab diesem Zeitpunkt beherrschen und sie werden die einzige Wahrheit für sie sein.“

(*Simone Weil, Venise sauvée*)

Die eben zitierte Verheißung besingt eine glorreiche Zukunft des venezianischen Kommandeurs Jaffier. Dieser lagert mit seinen Truppen vor den Toren der Lagenstadt und wartet auf seine Stunde, um im Schutz der Nacht alles in Schutt und Asche zu legen. Sein Befehl lautet, äußerste Gewalt anzuwenden und niemanden zu schonen. Auftraggeber ist die spanische Krone, der die Republik Venedig ein Dorn im Auge ist. Vollstrecker sind Söldner, die wie ihr Kommandeur Jaffier für Venedig Kriegsdienst leisten, ursprünglich aber aus Gebieten stammen, die von Spanien zerstört wurden. Zwar bot das republikanische Venedig den Heimatlosen ein neues Leben, die beispiellose Arroganz der „einzigen Demokratie“ – die ja de facto eine Oligarchenherrschaft war – verbot jedoch, Fremde als ebenbürtige Bürger aufzunehmen.

Die geschilderte Episode bildet den ersten Akt der unvollendeten Tragödie *Venise sauvée* (dt. *Das gerettete Venedig*) aus der Feder der französischen Philosophin



Simone Weil. Foto: Wikimedia Commons

und Schriftstellerin Simone Weil (1909–1943). Die stoffliche Vorlage liefert ein gleichnamiger Roman des César Vichard de Saint-Réal aus dem 17. Jahrhundert. Weil verwendet dieses Narrativ, um performativ in Szene zu setzen, wie Gewalt um die Idee der Demokratie oszillieren kann. Die Dramaturgie bedient sich zwar historischer Topoi, thematisiert aber die politischen Umbrüche der Zwischenkriegszeit.

Bevor die Nacht hereinbricht, wirft Jaffier einen letzten Blick auf die verdammte Stadt. Plötzlich erwacht etwas in Jaffiers Mimik: Es übersteigt die sprachlichen Ebenen des Textes und kann allein in den Augen des Protagonisten abgelesen werden, der im grellen Licht der Scheinwerfer ins Publikum starrt: Der Traum grenzenloser Macht zerbricht vor ihm als Lüge. Macht löst ihr Versprechen nicht ein und bleibt immerwährende Verheißung. Die vor ihm liegende Stadt, in ihrer Wehrlosigkeit und Ignoranz, offenbart sich dagegen augenblicklich als die einzige Wirklichkeit. Sie zu zerstören, hieße für Jaffier die einzige Chance einer Epiphanie in einer den Dunst der Gewalt einatmenden Welt zu tilgen: *Macht bleibt ein Traum, wach sind nur die Verwundbaren.*

Kurzerhand eilt Jaffier zum Stadtrat und unterbreitet diesem das Angebot, alle Stützpunkte des Komplotts preiszugeben, jedoch nur unter der Voraussetzung, seine engsten Freunde zu begnadigen. Dieser willigt ein und Jaffiers Truppen werden gewaltsam niedergemetzelt. Ohnmächtig vom Wortbruch der Venezianer und der grausamen Hinrichtung seiner geliebten Freunde versucht Jaffier die Schlächter panisch zu beschwören, doch diese erkennen in ihm nur mehr ein „Tier“, dessen Laute sie nicht entschlüsseln vermögen. Schließlich verstummt Jaffier, sein Tier-Sein begreifend, und erlebt, wie sich Venedigs „Demokratie“ ebenfalls als *Traum der Macht* entlarvt. Eine „beschädigte Demokratie“ würden dies heutige Beobachter nennen. In einer letzten Regung seines Bewusstseins stürzt Jaffier sich in den Kugelhagel. Gleichzeitig erwachen die Bürger ahnungslos. Lediglich der blutige Meeresschaum in den Kanälen erzählt den ersten Gondolieri vom Grauen der letzten Nacht. Weils Tragödie beschließt den dritten Akt mit einer schillernden Feier der venezianischen Republik, die sich ihrer Ewigkeit und Unverwundbarkeit rühmt: *Könnten wir jemals den Gedanken hegen, Venedig zerstört oder versklavt zu sehen? Das kann niemals geschehen [...] Ihre Schönheit verteidigt es besser als jedes Heer und jeder Führer.*

Demokratie im Halbschlaf? Parallelen zum Heute

Venise sauvée ist eine Tragödie über Macht als Traum, der mittels Gewalt zur Wirklichkeit werden will. Weils Logik der Machtmechanismen zeigt Parallelen zu Christopher Nolans Spielfilm *Inception* (2010): Dort versucht eine kriminelle Gruppe um Leonardo DiCaprio einen Gedanken in das Bewusstsein eines schlafenden Opfers einzupflanzen. Nolan und Weil verbinden die Fragen, wer außer uns selbst Autor unseres Denkens sein kann und ob es möglich ist, jemanden einen Gedanken einzupflanzen, den sich das Subjekt schließlich als seinen Willen aneignet und vermeintlich selbstbestimmt ausführt. Während Nolan im individuellen Bereich bleibt, zielt Weil in platonischer

Tradition auf das Gemeinwesen: Welche Mechanismen generieren eine Ideologie, Utopie oder Idee als Wirklichkeitsbezug für eine ganze Gesellschaft? Eine Antwort findet sich in der Erfahrung des Populismus, respektive in dessen aktueller Spielart, dem Postfaktizismus. Menschliches Wissen wird hier weniger mit Fakten als mit Emotionen geschrieben, denn Emotionen sind ansteckend.

Mit futuristischer Technologie schafft Nolan eine Welt, in der eine fremde Person Architekt der eigenen Träume wird. Das Selbst fühlt die fremdbestimmte Traumwelt als Eigenproduktion und beginnt sie mit persönlichen Inhalten zu füllen. Die Teilung von Traumwelterzeugung und Traumweltgestaltung erlaubt, auch innerhalb einer Traumwelt die Technologie anzuwenden und eine *Traumwelt in einer Traumwelt* zu erschaffen: Je potenzierte eine Ebene ist, desto tiefer gelangt der Fremde ins eigene Unterbewusstsein.

Weils sich verblüffend aktuell lesende politische Theorie zeichnet die große Mehrheit der Menschheit als Schlafende, die zugunsten der ansteckenden Machtträume einiger weniger auf den Anspruch auf Wirklichkeit verzichten. Historische Versuche der Demokratie sieht sie als Blitzlichter des Erwachens, in dem sich Fakt und Fiktion fließend zu trennen beginnen. Dieser Zustand führt jedoch letztlich nie zur klaren Unterscheidung, sondern verharrt in der Ambiguität des Halbschlafs. Demokratien kreisen deshalb notwendigerweise nicht nur um das Wohl der Bürger/innen, sondern auch um Machtfantasien einzelner politischer Architekten. Trotzdem bleibt es ureigene Kraft der demokratischen Idee, durch parlamentarischen Diskurs auf eine Wirklichkeit jenseits jeder ideologischen bzw. machtutopischen Welterzeugung zu zeigen.

Venise sauvée durchschreitet in seinen drei Akten also die Grenzen zwischen Traumwelt und Wirklichkeit, zwischen fiktiver Macht und realer Ohnmacht und zeichnet eine Manifestation von Demokratie, die vergessen hat, politischer Weckruf zu sein. Laut Emmanuel Lévinas offeriert Simone Weil als gelingenden Ausweg die Hinwendung zum verwundeten Antlitz des Anderen, das alle Machtträume als nackte Gewalt entblößt und die eigene Ohnmacht widerspiegelt.



Thomas Sojer,
geb. 1988 in St. Johann in Tirol. Er
promoviert derzeit am Internationalen
Doktoratskolleg Resonante
Weltbeziehungen des Max-
Weber Kollegs in Erfurt und der
Universität Graz über Simone
Weils resonante Rezeption
des Christentums.

Foto: Köffler

Auf dem Trockenen

Über die globale Wasserkrise, politische Untätigkeit und Papst Franziskus' Appell.
Von Thomas Klamminger



Foto: Klamminger

„Es ist unabdingbar, dieses grundlegende Menschenrecht zu verkünden und zu verteidigen – wie das bereits geschieht –, aber man muss auch konkret handeln und ein politisches und juristisches Engagement für das Wasser sicherstellen.“

Die hier zur Einleitung zitierten Worte sprach Papst Franziskus auf der Konferenz *Menschenrecht auf Wasser* der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Frühjahr 2017. Seit der Enzyklika *Laudato Si'* ist bekannt: Diesem Papst liegt unsere Schöpfung am Herzen. Umweltschutz, Armutsbekämpfung und der Einsatz für die Würde der Menschen gehören für ihn untrennbar zusammen. Hat man die vatikanische Berichterstattung der letzten Jahre verfolgt, so fällt auf, dass Franziskus dabei ein Thema so gut wie nie ausgelassen hat: die globale Wasserkrise. Sei es bei den Wasser-Konferenzen der Päpstlichen Akademie 2017 und 2018, am Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung oder bei anderen Anlässen – Wasser ist ein Leitthema, das für Franziskus die Sorge über das gemeinsame Haus deutlich macht.

Ungerechte globale Wassersituation

Dieser Fokus des Papstes ist nicht zufällig: Wohl kein anderes Thema drückt die extreme ökologische Ungerechtigkeit auf unserer Welt stärker aus als das Wasser. Menschen in den meisten westlichen Haushalten können in der Früh aufstehen, in die Küche gehen und einen kühlen Schluck Leitungswasser trinken. Sie sind verwöhnt und daran gewöhnt, sich dieser Lebensnotwendigkeit zu bedienen. In den Dürreregionen der Erde, etwa in ländlichen Regionen Ostafrikas, ist dieser Vorgang ein Wunschdenken. Meist sind es Frauen und Kinder, die bis zu drei Stunden gehen müssen, um aus Flüssen oder Teichen Wasser für ihre Familien zu holen. Viele Kinder gehen während der Trockenzeit nicht zur Schule – nach dem langen Fußmarsch sind sie zu müde für den Unterricht. Sehr häufig ist das Wasser so stark von Bakterien und Viren befallen, dass Krankheiten auftreten. Eine aus westlicher Sicht unvorstellbare Statistik der WHO aus dem Jahr 2013 besagt, dass jeden Tag mehr als 5.500 Kinder aufgrund von Durchfall sterben.

Der Klimawandel macht die Wasserkrise noch deutlicher: Während die einen um wenige Tropfen Wasser ringen und vor Trockenheit fliehen, leben immer mehr Menschen in Regionen mit Hochwassergefahr.

Die Ursachen der Wasserkrise

In einer Welt, die zwar zu 71 Prozent mit Wasser bedeckt ist, aber auf der nur ein Prozent der Wasservorräte direkt als Trinkwasser nutzbar ist, muss sorgsam mit der Ressource Wasser umgegangen werden. Wasserknappheit ist heute bereits für einen von sechs Menschen Realität.

Die Gründe für den Wassermangel lassen sich auf mehrere Faktoren zurückführen: Die treibende Kraft der globalen Wasserkrise liegt in der Übernutzung der weltweiten Wasserressourcen. Peter Gleick, ehemaliger Präsident des renommierten Pacific Institute in den USA, geht davon aus, dass wir ähnlich wie beim (noch nicht eingetroffenen) „Peak of Oil“ schon die Situation des „Peak of Water“ erreicht haben. Unserer Natur wird mehr Wasser entnommen, als sie wieder bereitstellen kann. Das natürliche Wiederaufbereitungssystem stößt laut Gleick an seine Grenzen.

Zudem wird durch die stetig wachsende Bevölkerung der Wasserkonsum immer weiter nach oben getrieben. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wächst die Weltbevölkerung jährlich um rund 80 Millionen. Gleichzeitig nimmt auch der Durst nach Wasser zu. Mit dem Anstieg der Bevölkerung steigt auch der Bedarf an Wasser für die Nahrungsmittelproduktion. Weltweit verbraucht die Landwirtschaft mit rund 70 Prozent am meisten Wasservorräte. Zu den wasserintensivsten Produkten gehört Fleisch mit etwa 16.000 Litern pro Kilo. Der industrielle Sektor nimmt etwa 20 Prozent, der private Sektor zehn Prozent in Anspruch. In Österreich ist der Wasserverbrauch anders gewichtet: Fast zwei Drittel entfallen laut Statistik Austria auf die Industrie, ein Viertel auf die Trinkwasserversorgung und fünf Prozent auf die Landwirtschaft.

Auch die weltweiten Klimaveränderungen wirken sich auf den Wasserkreislauf aus. Durch die globale Erwärmung gibt es in Ländern südlich des Äquators zwar ungewöhnlich starke Regenzeiten, die Trockenzeiten werden jedoch immer länger. In Zukunft ist mit deutlich weniger Regen in ohnehin schon trockenen Regionen wie im Süden und Osten Afrikas oder in Teilen Brasiliens zu rechnen. Zunehmende Ernteausfälle sind die Folge. Laut Prognosen der UNESCO werden aufgrund von Wasserarmut zukünftig 135 Millionen Menschen auf der Flucht sein.

Wie sieht die Situation hierzulande aus? Nun, Österreich ist eines der wasserreichsten Gebiete der Welt. Unzählige Flüsse, Bäche und Seen prägen die Landschaft. Trockenheit und Wassermangel treten bis jetzt nur selten auf. Eine direkte Verbindung zwischen Österreich und den weltweiten Wasserkrisen scheint nicht offensichtlich. Trotzdem

gibt es sie: Viele europäische Länder sind maßgeblich von den globalen Wasserreserven abhängig. Durch den Import von wasserintensiven Produkten wie Kaffee, Tee, Kakao, Kleidung aus Baumwolle oder Futtermittel für Tiere wird der Wassernotstand in ohnehin schon trockenen Regionen der Erde verstärkt. Und so sind es gerade Menschen in Entwicklungsländern, die am stärksten von Dürren, Wassermangel und Hungersnöten betroffen sind, obwohl sie im Gegensatz zu Industrienationen kaum zum Klimawandel beitragen.

Ein kaum beachtetes Menschenrecht

Nach einem Antrag des bolivianischen UN-Botschafters hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 den Zugang zu sauberem Trinkwasser als ein Menschenrecht anerkannt. Jeder Staat ist also dazu aufgerufen, auch mit gesetzlichen Maßnahmen den Menschen Zugang zu Trinkwasser und Wasser zu verschaffen. Trotzdem belegen Daten der WHO und der UNO, dass immer noch fast eine Dreiviertelmilliarde Menschen nicht über einen Zugang zu sicherem Trinkwasser verfügen. Das Problem liegt darin, dass Resolutionen der Generalversammlung rechtlich nicht verbindlich sind. Die meisten Länder der Welt und auch die EU-Kommission haben deshalb dieses Menschenrecht bis dato noch nicht anerkannt. „Es ist beklagenswert,“ so Papst Franziskus, „wenn in der Gesetzgebung eines Landes oder einer Gruppe von Ländern das Wasser nicht als Menschenrecht betrachtet wird. Noch beklagenswerter ist es, wenn man das Festgeschriebene nicht berücksichtigt und dieses Menschenrecht verweigert.“ Immer wieder hat Franziskus diesen Missstand anprangert.

SEI SO FREI, die entwicklungspolitische Aktion der Katholischen Männerbewegung, greift daher mit der Kampagne *TrinkWasser – für eine gerechte Welt* das Menschenrecht auf Wasser auf. Gemeinsam mit lokalen Projektpartnerinnen und -partnern setzt sich SEI SO FREI für eine gerechtere Wassersituation in Afrika und Lateinamerika ein. Im Fokus stehen der Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen sowie die Umverteilung und Speicherung von Regenwasser für die Landwirtschaft.

Nähere Informationen finden sich unter www.trink-h2o.org

Thomas Klamminger, geb. 1988. Studium der Religionspädagogik und Angewandten Ethik in Graz, absolvierte die Katholische Medienakademie in Wien. Seit 2015 Religions- und Ethiklehrer an der HTL in Weiz sowie Referent von SEI SO FREI, der entwicklungspolitischen Aktion der Katholischen Männerbewegung. Nebenberuflich als freier Journalist tätig.



Foto: Neuhold

Ein Wort.

Grundsätzlich
Von Jörg Wilkesmann

Das Thema dieses Heftes gibt Anlass zu fragen: Was ist Demokratie, was Demokatur? Was ist populistisch, was populär? Was ist da richtig, was falsch? Ich möchte eine biblische Hilfe zur Urteilsfindung weitergeben:

Ich ermahne euch nun, Brüder und Schwestern, durch die Barmherzigkeit Gottes, dass ihr eure Leiber hingebt als ein Opfer, das lebendig, heilig und Gott wohlgefällig ist. Das sei euer vernünftiger Gottesdienst.

Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, auf dass ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene.

(Römerbrief, Kapitel 12, Vers 1 und 2,
Lutherübersetzung, Revision 2017)

Wie soll ein Christ handeln? Darum geht es im Römerbrief ab hier bis Kapitel 15. Am Anfang dieses Abschnitts wird klar: der Glaube ist nicht nur fürs Gefühl, fürs Herz, nicht nur für den Kopf, den Verstand, er ist mehr als all das zusammen: der ganze Mensch soll es sein. Die Hingabe umfasst unser ganzes Leben. Auch den Körper. Auch das Materielle. Also nicht nur: Welche Meinung habe ich? Wie habe ich zu handeln, mich zu entscheiden? Sondern auch: Wofür setze ich mich ein? Was bin ich bereit zu tun? Der Einsatz und das Engagement werden mit einem Opfer verglichen, wie ein Opfer, das in den Tempel gebracht und dort verbrannt wird. Dasselbe Wort steht hier im griechischen Original. Und genauso beim Wort für den Tempelgottesdienst: dieses Opfer, diese Hingabe soll unser vernünftiger Gottesdienst sein. Der vernunftgemäße christliche Gottesdienst ist nicht am Sonntag, er ist unser Einsatz für das, was richtig ist und gut. Für Paulus ist die Zusammenkunft der Christen wesentlich: sich gegenseitig zu stärken und sich durch das Beisammensein, durch Teilen des Wortes und Brechen des Brotes, stärken zu lassen. Aber der verstandesgemäße Opfertgottesdienst ist der Einsatz in der Welt.

Es folgen jetzt keine Anweisungen, ob rechts, ob links. Es bleibt grundsätzlich:

Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, auf dass ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene.

Wie ich handeln soll, ist keine Frage der Lautstärke. Nicht andere befinden darüber, was ich als Willen Gottes herausfinde. Gerade dann, wenn die Umgebung etwas empfiehlt oder vorschreibt, soll ich genauer hinschauen. Und fragen, was richtig ist. Wir können und sollen darüber reden und diskutieren. Doch kein anderer Mensch entscheidet für mich, was das Richtige sein soll. Stellt euch nicht dieser Welt gleich – eine moderne Übersetzung schreibt hier treffend: *Schwimmt nicht mit dem Strom* (Bibel in gerechter Sprache). Schwimmt nicht mit dem Strom, erneuert euch, gebraucht euren Verstand und ändert euch, damit ihr das findet, was richtig ist. Christliches Handeln ist demnach nicht, etwas zu tun oder zu lassen. Obenan steht das Prüfen. Das Fragen. Das Zweifeln. Darum: prüft. Hängt Fragezeichen an die Sätze. Und wenn es Sätze mit Ausrufezeichen sind, hängt gleich zwei Fragezeichen dran. Stellt Fragen. Habt Zweifel an dem, was Autoritäten sagen. Schaut genau hin, ob ihr es richtig findet und vor Gott und eurem Gewissen verantworten könnt.

Die Leserinnen und Leser merken, auch ich habe mir jetzt erlaubt, Imperative zu benutzen. Denn die Aufforderung, selbst zu denken und den eigenen Glauben selbst zu verantworten, ist durch nichts zu ersetzen. Wer weitere Denkanstöße braucht: Paulus nennt als Maßstab den Willen Gottes. Wie stelle ich den fest? Er nennt drei Stichworte: „das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene“. Ist etwas gut? Nutzt es? Ist es vollkommen? Ich wünsche ertragreiches Nachdenken und frohen Mut!



Foto: Wilkesmann

Jörg Wilkesmann,
geb. 1959. 1988–2015
Gemeindepfarrer in
Nordrhein-Westfalen, im
Saarland und in Rheinland-
Pfalz. Seit 2016 Pfarrer
in der Südoststeiermark.
Gottesdienstcoach mit Zer-
tifikat. Theologe auch nach
zwei kirchlichen Examen.
Seit 2008 Blogger mit
nachlassender Intensität.

Kunst für die Massen

Filme suchen Publikum. Begrifflichkeiten wie Hoch- und Unterhaltungskultur definieren, wer gesucht wird.

Von Harald Koberg

Wenn Michael Haneke sich im Interview über Menschen freut, die bei *Funny Games* den Saal verlassen, dann kokettiert er mit der Schwierigkeit von Kunst. Letztendlich hat er den Film für das US-amerikanische Publikum noch einmal gedreht; nach eigenen Aussagen, weil er nicht das Publikum erreicht hatte, das er wollte. Filmkunst wie jene von Haneke oder Lars von Trier will ihre Zuseherinnen und Zuseher an Grenzen heranführen. Sie will sie zeitweise überfordern. Aber zum Schluss muss der Film dann doch gefallen haben. Er will weiter empfohlen werden. Und die Filmschaffenden wollen davor bewahrt bleiben, unter mangelndem Publikum zu leiden.

Funny Games war hier womöglich zu konsequent in seinem Ansatz, den Menschen ihren Konsum von unterhaltsamen Gewaltdarstellungen vorzuhalten. Da verlassen ein paar empört den Raum, der Rest zieht nach dem Abspann wie eine gescholtene Schulklasse von dannen. Und die späteren Vorstellungen bleiben leer, weil kaum jemand den Film im Freundeskreis empfiehlt. Kunst muss eben nicht immer allen verständlich sein. Das sagt auch Rian Johnson allen Unzufriedenen. Er hat *Star Wars: Die letzten Jedi* gedreht und dafür viel Kritik geerntet.

Wenn also der Cannes-Gewinner ein größeres Publikum sucht und der Blockbuster-Regisseur seine Kunst missverstanden sieht, wo ist dann der Unterschied zwischen den beiden? Trotz aller Kritik, die seit 1968 immer wieder auftaucht, ist die Unterscheidung zwischen Hoch- und Unterhaltungskultur kein Ding der Vergangenheit. Und doch hält sie dem fragenden Blick nicht lange stand. Freilich gibt es auf beiden Seiten Extreme, die sich ganz gut kategorisieren lassen. Wenn Superheldenfilme, ähnlich vielen Komödien, den immer gleichen Formeln folgen, scheint der künstlerische Anspruch minimal: eine Pointe für die jüngeren, eine für die älteren Generationen; wenn es traurig war, folgt der erlösende Lacher und nach einer Ladung Action muss auch wieder

eine romantische Szene her. Alle sollen zufrieden gestellt werden. „Zufriedenstellen“ und künstlerischer Anspruch passen jedoch nicht zusammen.

Wer dann aber Christopher Nolans Batman-Trilogie eben diesen Anspruch absprechen will, wird sich argumentativ die Zähne ausbeißen. Da wurde visuell Neuland betreten, erzählerisch innoviert und das Publikum aus der Komfortzone gelockt – kaum eine Definition des Kunstbegriffes, die hier nicht erfüllt wird. Wenn auch die Unterscheidung zwischen Hochkultur und Unterhaltung in manchen Fällen leicht zu treffen ist, scheint die Grenzziehung – oder auch nur die Definition eines Grenzbereichs – nahezu unmöglich. Wodurch genau unterscheidet sich *Funny Games* von Horror-Thrillern á la *The Purge*? Und wie viel Schwermut braucht ein Captain America-Film, um künstlerischen Anspruch für sich reklamieren zu können? Geht es um die Intention der Filmschaffenden? Aber dann ist da wieder Rian Johnson, der einen bestenfalls mittelmäßigen Star Wars-Film gedreht hat und sich angesichts der harten Kritik in seiner Kunst missverstanden fühlt.

Filme brauchen ihr Publikum, schon allein um sich zu finanzieren. Große Regisseure können sich den einen oder anderen Flop an den Kassen leisten, wenn zumindest die Kritiken gut waren. Aber Kritikerlieblinge, die vom Publikum ignoriert werden, sind die tragischen Helden des Kinoprogramms. Zu gefeierten Meisterwerken der Filmkunst werden üblicher Weise Filme erklärt, die Connaisseurs und Connaisseusen in ausreichender Zahl ins Kino locken. Letztlich benennt die Unterscheidung zwischen Hoch- und Unterhaltungskultur also vorrangig die soziale Gruppe, die zufrieden aus dem Saal geht. Also wäre es wohl doch an der Zeit, diese Begrifflichkeiten langsam fallen zu lassen.



Foto: Anagnostopoulos

Mag. Harald Koberg, geb. 1984 in Graz. Studium der Philosophie sowie Volkskunde und Kulturanthropologie an der KFU Graz. Arbeitet als Medienpädagoge, Öffentlichkeitsreferent und Karate-Trainer.



Foto: Leitgeb

AUSSTELLUNG WOLFGANG BECKSTEINER

Auf erfreulich großes Publikumsinteresse stieß die Vernissage der Ausstellung „Als der Strich begann den Raum zu erkunden“ von Wolfgang Becksteiner in der QL-Galerie zum Auftakt des Kalenderjahres, bei der bei einem Sektempfang mit angelegten Gesprächen auch auf das Neue Jahr angestoßen wurde. Mit Kulturstadtrat Günter Riegler, Universitätsrats-Vorsitzender Caroline List und Wirtschaftsdirektor Gottfried Moik waren mit Galeristen, Künstler/innen, Studierenden und vielen Menschen, die das Werk von Becksteiner schon seit längerer Zeit verfolgen, auch Repräsentant/innen der Stadt, der Universität und der Diözese vertreten. Mit seinen faszinierend reduziert gestalteten Raumskulpturen eröffnet der Künstler ein ganz neues Raumerlebnis im Foyer des Studierendenhauses in der Leechgasse. Das Ensemble *Neues Musik Theater . graz* schuf zur Kreuz-Skulptur von Becksteiner, die erfreulicherweise permanent in der Leechkirche bleiben wird, eine atmosphärisch dichte Musikperformance.

Alois Kölbl

DAS KOMMT MIR SPANISCH VOR ...

Besuch bei P. Albert Holz knecht in Kolumbien

... „Buenos Dias“, „Muchas Gracias“, „Con mucho gusto“ – das sind nur einige Redewendungen, die mir in letzter Zeit nach mehrmaligem Hinhören geläufig wurden. Denn wie gesagt, das kommt mir spanisch vor. Der Grund: Den Jahreswechsel verbrachte ich reisend in Südamerika. Diese weite Fahrt ins Herz Kolumbiens war nämlich dem Umstand geschuldet, dass ich mit Brigitte Rinner gemeinsam P. Albert Holz knecht SJ besuchte. Auf dem fremden Kontinent kam mir nicht nur die Sprache, sondern auch das Eintauchen in die dortige Lebenswelt spanisch vor. Meine fehlenden Sprachkenntnisse waren leider eine Barriere, die verhinderte, mich besser auf die dort lebenden Menschen einlassen zu können.

Einer neben vielen Höhepunkten war die Christmette (mit abschließendem „Stille Nacht“), die wir zu dritt in der Hauskapelle der Jesuitenkommunität in

Bogotá (2.640 Meter Seehöhe) in vertrauter deutscher Sprache gefeiert haben sowie der Aufstieg auf den 3.150 Meter hohen „Hausberg“ der Hauptstadt, den Cerro de Monserrate. P. Holz knecht, den begeisterten Bergfex, brachte die Hitze und die merkbar dünnere Luft weniger ins Schwitzen als mich. In der am Gipfel gelegenen Wallfahrtskirche kam ich das erste Mal in den Genuss einer Messe in spanischer Sprache.

Im Trubel der acht Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt (das sind so viele Menschen wie in ganz Österreich leben!) ist mir aufgefallen – und ein wenig spanisch vorgekommen –, dass allerorts und jederzeit im öffentlichen und privaten Raum aus Smartphones und tragbaren Lautsprechern die unterschiedlichsten Musikstile ertönen. Ein Umstand, der erheblich zur hohen Lautstärke der Stadt beigetragen hat. Zum akustischen „Dauerfeuer“ gesellte sich aber auch das optische: Fast alles war geschmückt mit einer Vielzahl an bunten, leuchtenden und kitschig blinkenden Lichterketten. Die Kombination von Musik aus jeder Ecke und buntem Licht, das in jede Ecke dringt, war



Foto: Schönhart

für mich das ungewöhnlichste und das am meisten gewöhnungsbedürftige.

Ich bin dankbar für die Zeit, die ich mit P. Holz knecht in Graz verbringen durfte sowie für die gemeinsame Zeit zu Weihnachten in Bogotá. Lieber Albert, aus Graz wünschen wir Dir Gottes Segen für das kommende Jahr, noch weiterhin beglückende Erfahrungen in diesem weiten und

fernen Land, erfüllende Gedanken und Erkenntnisse für Deine Exerzitien und Dein Tertiat und auf dass Du wohlbehalten und heil an Körper und Seele zurückkommen mögest. Und ich darf auf ein Wiedersehen mit P. Holzknecht hoffen, das mir nicht spanisch vorkommt.

Andreas Schönhart

(WIEDER) NEU: FLORIAN TRAUSSNIG

Für jene, die in Sport oder Showbiz eine (unerwartete) Rückkehr feiern, gibt es den Begriff *Comeback*. Nun, über solch Prominenz oder Glamour verfüge ich nicht,



Foto: privat

um meinen offiziellen Wiedereintritt in die KHG-Sphäre und die Rückkehr als Bildungsreferent so zu bezeichnen. An Motivation, diese schöne und sinnstiftende Tätigkeit neu anzupacken, und an Freude auf die kommenden Begegnungen, (Quer-)Gedanken, Texte und Veranstaltungen mangelt es freilich nicht: Hier durch die KHG, dieses offene Haus, diese gewachsene Gemeinschaft, auch durch dieses Heft, fließt ein besonderer menschlicher und geistlicher Wärmestrom. Nach kaufmännischer Lehre, Berufsmatura, diversen Jobs (Tankwart etwa), Lehramtsstudium und historischer Bücherschreiberei bin ich vor fast fünf Jahren, damals Stipendiat des Förderungswerkes *Pro Scientia* und kleiner Redakteur von *Denken+Glauben*, zum ersten Mal in dieses Arbeitsfeld gerutscht. Danach war

ich beim Weg2018 und beim Kulturzentrum bei den Minoriten Kulturarbeiter im Rahmen des 800jährigen Diözesan Jubiläums (meist im Hintergrund, manchmal journalistisch tippelnd oder mit dem Mikro in der Hand). Meine Familie ist eine tragende Säule in meinem Leben, Lesen, Satire und Eishockey hab ich auch ganz gern. Für die Aufgaben im Quartier Leech und als Chefredakteur dieser feinen Zeitschrift bringe ich also bunte Lebenserfahrung mit. Ich bin aber auch gespannt darauf, was mir alles an Neuem entgegengebracht wird. Kurzum: Ich freu mich einfach auf Euch und viele (junge) Menschen!
Houston ... ready for reentry.

Florian Traussnig

NIKOLAUS ZU BESUCH IM FRAUENWOHNHAUS

Am Tag des Heiligen Nikolaus durfte ich als selbiger verkleidet und begleitet von den drei wunderbaren Engeln Eva-Maria Scherfranz, Jeanine Prugger und Sr. Vanda Both die *Franziska*-Notschlafstelle und Wohngemeinschaft für Frauen mit Kindern in Eggenberg besuchen. Wir machten uns auf, um im Sinne des Nikolaus zu teilen und zu schenken. Nachdem ich an die erste Zimmertür dieser Caritas-Notschlafstelle geklopft habe, öffnete eine etwas überraschte Frau. Als sie uns erblickte, war sie tief berührt und es stiegen Tränen in ihren Augen hoch. In diesem Moment suchten wir beide nach passenden Worten. Doch oft braucht es nicht viele Worte, es genügen Blicke und kleine Gesten. Sich Zeit nehmen, anklopfen, Wohlwollen zeigen und ein Lächeln teilen. Vielleicht waren die Begegnungen das eigentliche Geschenk für die Bewohnerinnen. Das war besonders bei den Kindern spürbar, wenn sie mit großen Augen das Nikolaus-Sackerl entgegengenommen haben, dem Nikolaus ein Lied vorgesungen haben oder ihm selbst gemalte Zeichnungen schenkten. Sie blieben dann nicht bei ihrem Geschenk im Zimmer, sondern begleiteten uns durch das ganze

Frauenhaus – die Gespräche und die Verkleidung waren für die Kinder wohl aufregender. Am Ende durfte ich beschenkt



Foto: Both

gehen als ich gekommen war. Die kleine Evelyn schrieb auf ihre Zeichnung: *Lieber Nikolaus, du uns immer Geschenke geben. Danke!* Jeder kann Nikolaus sein; jeder kann etwas teilen, etwas schenken – auch heute.

Alexander Auer

EIN WÄRMENDES LEECHEN – DER NIKOLO IM PARADISE L

Der 6. Dezember ist jener Tag, an dem der Hl. Nikolaus uns besucht und nicht nur den Kindern Geschenke überreicht, sondern auch uns Erwachsenen ein *Leecheln*



Foto: KHG

geschenkt hat. Aus diesem Grund wurde im *Paradise L* im Rahmen der Adventzeit in der KHG Nikolaus gefeiert. Trotz der Kälte hat „Avocalo“ mit einer

weihnachtlichen Stimme das Fest mit einem Konzert im Freien gestartet. Und: Ein Fest ohne Trank und Speis kann es nicht geben! Deshalb gilt der Dank dem Café paul@paradise, das den Glühwein gekocht hat – er wurde von den Studierenden, die auch die Waffeln verziert haben, verkauft. Das Geld geht an die sozialen Projekte der Caritas. Nun, es war keine stille Nacht, aber doch eine heilige Nacht. Der Hl. Nikolaus ist nicht in der Stille gekommen, sondern in Begleitung der Blasmusik der KHJ. Er hat mit interaktiven Fragen den Kindern seine Geschichte erzählt und Kekse sowohl an die Kinder als auch an die Größeren verteilt. Zum Schluss haben wir uns die ganze Nacht lang rund um das Feuer versammelt und uns über die Begegnungen und das Leecheln gefreut.

Nour Bardakji

TAIZÉTREFFEN MADRID

„Vergessen wir die Gastfreundschaft nicht!“, war das Motto beim diesjährigen Taizé-Silvestertreffen, zu dem 15.000 junge Menschen aus ganz Europa nach



Foto: Strohmayer

Madrid gekommen waren. Organisiert von KHG und Junger Kirche Graz-Seckau hat auch eine Gruppe Jugendlicher aus Graz teilgenommen. „Gastfreundschaft ist ein grundlegender Wert für jeden Menschen“, sagte Frère Alois, der Prior der ökumenischen Gemeinschaft in seinem geistlichen Impuls beim ersten Abendgebet, bei dem er auch darauf hinwies, dass wir in einer Zeit leben, in der Grenzen und Abgrenzung leider wieder eine größer werdende

Rolle zu spielen beginnen. Das Treffen war im Geist von Taizé von viel Stille, Gebet, gemeinsamem Singen, Workshops, spirituellem Austausch und fröhlichem, unbeschwertem und freundschaftlichem Miteinander über die Grenzen von Kulturen und Konfessionen hinweg geprägt. Zu den meditativen Gebeten in der Meschalle und den Kirchen der Innenstadt fügten sich die vom katalanischen Künstler Jaume Plensa gestalteten Skulpturen im Kristallpalast des Retiroarkes, die zur Kontemplation wie zur spirituellen Innen- und Außenwahrnehmung einladen. Eine wunderbare Entdeckung der Grazer Gruppe auf einem Spaziergang durch die Innenstadt Madrids. Es war schön, dass wir beim Länder-Treffen mit Österreicher/innen und Südtiroler/innen am letzten Tag auch sehr positive Rückmeldungen über das regionale Treffen im Oktober in Graz bekommen haben. Sehr erfreulich, dass sich auch für das regionale Taizé-Treffen in Beirut im März schon eine Gruppe Grazer Studierender formiert hat.

Alois Kölbl

ALLTAG MIT DEM WORT GOTTES

Guided Prayer Week

Schon zum vierten Mal durfte ich heuer den Advent mit der *Guided Prayer Week*, einem Angebot des Theozentrums und der KHG Graz, beginnen. Diese besondere Woche besteht aus einem gemeinsamen Beginn- und Abschlusstreffen der Teilnehmenden und der Begleiter/innen sowie täglichen persönlichen Gebetszeiten (Bibelbetrachtung und ein Tagesrückblick am Abend) und Begleitgesprächen. Das Herzstück bildet die tägliche Schriftbetrachtung. Jeden Tag überlegt man in einem Gespräch gemeinsam mit dem/der Begleitenden, welche Bibelstelle für den nächsten Tag die passende sein könnte. Für mich ist es immer wieder erstaunlich, auf welche Wege Gott mich in dieser Woche führt und besonders schön ist es dann auch, am Ende der Woche beim

gemeinsamen Abschlusstreffen eine kleine Ahnung davon zu bekommen, wie wunderbar auch alle anderen Teilnehmer/innen durch die Woche geführt wurden. Meist entsteht ein Streifzug quer durch das Alte und das Neue Testament und ich darf Bibelstellen ganz neu entdecken, auf meine persönliche Situation beziehen und darüber staunen, welche Schätze im Buch der Bücher stecken. In der heurigen Guided Prayer Week durfte ich erleben, wie mein Vertrauen in Gott mit jedem Tag neu gestärkt wurde und meine

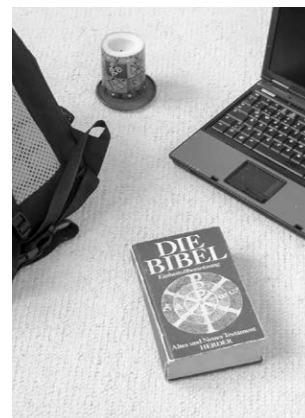


Foto: KHG

Begleiterin hat diese Erfahrung in einem passenden Bild zusammengefasst: „Es ist wie ein Schneeball, der durch das Rollen im Schnee immer größer wird.“

Magdalena Hrauda

ADVENT IN ZAGREB

Am 8. Dezember 2018 – nunmehr ist das schon fast eine Tradition – hat uns KHG-Heimbewohnerin Helena Ruzicka schon zum dritten Mal mitgenommen in ihre Heimatstadt Zagreb.

Zagreb ist wohl immer eine Reise wert und doch glänzt die Stadt im Advent ganz besonders. Die kroatische Kapitale verwandelt sich in dieser so besonderen Zeit in eine sehr interaktive Märchenlandschaft. Fast an jeder Ecke wird dazu animiert, sich seine Adventserinnerungen mit einem Selfie zu gestalten. Den Adventmarkt selber haben wir dieses Jahr nur kurz besucht, da 1,5 Millionen Menschen

dieselbe Idee hatten und wir uns die Weihnachtsstimmung nicht vermiesen lassen wollten. Wir haben uns deshalb abseits der Touristen ein paar ruhige Plätzchen zum



Foto: KHG

Verweilen gesucht und gefunden. Einige von uns fanden Besinnung bei einem adventlichen Gottesdienst in der Kathedrale von Zagreb.

Sehr bewegend war für mich die Ausstellung der UNICEF im so genannten *Museum of Reality* im Grič-Tunnel unter der Stadt: dieser mitunter berührende Pfad führte uns durch die verschiedenen Lebenswelten von Kindern auf der ganzen Welt und in Kroatien.

Barbara Rutter-Wrann

DIE LEECHKIRCHE BRAUCHT UNSERE HILFE

In der Universitätskirche Maria am Leech, der ältesten Kirche im Grazer Stadtzentrum, stehen dringliche Renovierungsmaßnahmen an: Die historischen Fenster müssen saniert und gesichert werden, der Hochaltar ist vom Holzwurm befallen, was dazu geführt hat, dass eine Figur vom Altar gestürzt ist. Wir bitten um Ihre finanzielle Unterstützung zur Erhaltung dieses kostbaren steirischen Kunst- und Kulturgutes.

Spenden erbitten wir auf das Konto:

Katholische Hochschulgemeinde Graz,
Stmk. Bank und Sparkassen AG,
IBAN: AT31 2081 5033 0070 0543
Verwendungszweck: 42/967 (Leechkirche)
siehe beigelegten Erlagschein im Heft

„FOLGE DEM STERN ...“

Der Adventkalender der KHG in der Zinzendorfsgasse

In Kooperation mit dem Verein *Zinzengrinsen* gestaltete die KHG Graz im Dezember 2018 einen Adventkalender, der in den Schaufenstern der Betriebe in



Foto: Rutter-Wrann

der Zinzendorfsgasse sichtbar war. Unsere Heimbewohnerin Helga Kovac übernahm die graphische Gestaltung. Unter dem Motto: „Folge dem Stern und erleb die eine oder andere kleine Überraschung“ hatten viele Betriebe an ihren „Sternentagen“ tolle Angebote für ihre Kunden.

Wir möchten uns auch herzlich bei allen bedanken, die im Zuge dieser Aktion eine Spendendose für die Sanierung der Fenster in der Leechkirche in ihrem Betrieb aufgestellt hatten. So wurden in der Weihnachtszeit über 450€ gesammelt. Vielen Dank, dass so viele dem Stern gefolgt sind!

Barbara Rutter-Wrann

SPAZIERGANG MIT VERANTWORTUNG

Jeden Freitagnachmittag fährt eine Gruppe von Studierenden für einen Spaziergang nach Kainbach bei Graz. Ihr fragt euch vielleicht: könnten wir nicht in Graz spazieren gehen? Warum muss man anderswo hinfahren? Für uns ist es nicht egal, da wir mit unseren Freunden aus dem Pflegezentrum der Barmherzigen Brüder spazieren gehen. Ja, wir sind in zweieinhalb Jahren Freunde geworden:

Wir kennen ihre Namen und wir wissen, wer was braucht. Ihre Bedürfnisse können sehr unterschiedlich sein: unterwegs miteinander singen, ein Streicheln schenken, immer wieder den Blickkontakt halten, Tanzschritte zwischendurch, langsames oder schnelles Tempo, vorne oder hinten gehen. Und sie, sie warten freitags auf uns: manche von ihnen haben ihre Lieblingsbegleiter/innen, die sie mit einer Umarmung, einem Jubelgeschrei oder einer „Nasenprobe“ begrüßen und dann gleich an der Hand nehmen um sofort loszugehen. Deshalb fühlen wir uns verantwortlich für sie, weil Freundschaft immer mit Verantwortung verbunden ist. Wir versuchen ihre besonderen Welten besser kennenzulernen. Etwa dadurch, dass wir mit dem Pflegepersonal im Dialog sind, und dass wir auch an anderen Programmen teilnehmen, wie z. B. die Passionsspiele in der Fastenzeit oder bei einem Kinofilm über Eiskunstläufer, die alle über ein gutes, vertrautes



Foto: Both

Miteinander der Bewohner/innen und Mitarbeiter/innen des Zentrums Zeugnis geben. Diese Erfahrungen lehren uns viel und erfüllen uns mit Dankbarkeit. Komm mit, wenn du Interesse hast!

Vanda Both sa

BRAUCHT ES MACHT, UM GLÜCKLICH ZU LEBEN?

Psychologicum

Im Rahmen der Reihe *Psychologicum* ging man im Jänner im John Ogilvie-Haus dem Zusammenhang von Macht und Glück nach. Zu Beginn des Abends

arbeitete der Moderator, Schulpsychologe Josef Zollneritsch, heraus, dass seine Zunft in dieser Sache oft auf das Individuum blicken würde. In der obigen Frage gelte es aber, weiter zu denken: Braucht es in einer mündigen, aufgeklärten



Foto: Traussnig

Gesellschaft überhaupt Strukturen der Macht? Manche Menschen haben, so Zollneritsch, offenbar einen Zug zur Macht, andere hingegen nicht. Sein unter anderem im Feld der Sportpsychologie tätiger Gesprächspartner, der klinische Psychologe Alois Kogler, ergänzte differenzierend: Einerseits würden wir seit jeher nach Macht im Sinne von Halt und Orientierung suchen – ein Stück

Machiavelli also. Andererseits zeige die Geschichte, dass wir evolutionär darauf ausgerichtet sind, individuellen (Macht-) Kampf und Zusammenarbeit immer wieder in Einklang zu bringen. Kogler wies darauf hin, dass es etwa im Sport um Persönlichkeitsentwicklung, aber nicht um absolute Individualität geht. Der oder die Einzelne brauche stets auch eine Rückbindung (*religio*) an ein größeres Ganzes, ein Team, eine Gruppe. In diesem Spannungsfeld sei auch die Frage der Macht anzusiedeln. Im Hinblick auf Familie und Arbeitsplatz seien Machtverhältnisse gleichwohl real und allgegenwärtig: „Über einen CEO fährt niemand drüber“.

Die Ausgangsfrage des Abends konnte daher nicht „beantwortet“, aber problematisiert werden. Gegen Ende wurde mit den Gästen über gefühlte Machtlosigkeit und Handlungsfelder der Selbstermächtigung gesprochen – etwa in den Bereichen Familie, Regierungspolitik, Konsumverhalten und Internet. Fazit: In einer demokratischen Gesellschaft gilt es, die komplexe Frage nach der Macht immer wieder aufs Neue und zum Wohle möglichst aller auszuhandeln.

Florian Traussnig

KHG-GOTTESDIENSTE

MO–FR 12:00, *Break4Prayer*, Hauskapelle, Leechgasse 24/II

SO 18:15, *Messe in der Stadtpfarrkirche*, Herrengasse 23, anschließend Agape

DI 7:15, *Messe in der Hauskapelle der KHG*, Leechgasse 24/II, anschließend gemeinsames Frühstück

MI 18:00, *Studierendengottesdienst in der Leechkirche*, Zinzendorfsgasse; an jedem letzten Mittwoch im Monat: ***Gottesdienst der Nationen***

DO 7:15, *Frühmesse im Elisabethheim* (siehe Aushang)

FR 7:15, *Messe in der Kapelle des John-Ogilvie-Hauses*, Zinzendorfsgasse 3

FR 20:00–21:00, *Nachtgebet in der Stiegenkirche* (siehe Aushang)

jeden letzten DI im Monat 19:00, *Taizégebet in der Stiegenkirche*

Achtung: In der vorlesungsfreien Zeit entfallen die KHG-Gottesdienste (Ausnahmen sind im Kalendarium einsehbar)

KATHOLISCHE 
KIRCHE STEIERMARK

Wenn Sie unsere Arbeit bei Denken+Glauben unterstützen wollen:

Katholische Hochschulgemeinde Graz
Stmk. Bank u. Sparkassen AG
Kto-Nr: 03300 700 543
BLZ: 20815
IBAN: AT312081503300700543
BIC: STSPAT2G
Verwendungszweck:
DENKEN+GLAUBEN/440020/42/913

Herzlichen Dank!

Impressum

DENKEN + GLAUBEN
Zeitschrift der Katholischen Hochschul-
gemeinde für die Grazer Universitäten
und Hochschulen

Chefredaktion:
Christine Rajic / Florian Traussnig

Redaktionsteam:
Jennifer Brunner
Martin Gsellmann
Agnes Hobiger
Harald Koberg
Martina Linzer
Helga Rachi
Günter Schuchlantz
Anton Tauschmann
Jörg Wilkesmann

Medieninhaber und Herausgeber:
Katholische Hochschulgemeinde Graz
MMag. Alois Kölbl, Leechgasse 24, 8010 Graz
Tel. 0316 / 32 26 28
www.khg-graz.at

Layout und Satz:
Wolfgang Rappel

Druck:
Universitätsdruckerei Klampfer,
St. Ruprecht an der Raab

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wiedergeben.

Soweit es möglich war, hat die Redaktion die urheberrechtlichen Fragen bzgl. der verwendeten Bilder geklärt. Nicht erwähnte InhaberInnen von Bildrechten werden gebeten, sich unter traussnig@khg-graz.at zu melden.

Abo-Bestellung: traussnig@khg-graz.at

Coverfoto: Alois Kölbl

KHG-ANKÜNDIGUNGEN



FASCHING UND FASTEN IM PARADISE L

DI 05. MÄR, 15:00 – 18:00

Heringssalat & Faschingskrapfen, garniert mit Impro-Theater (im Rahmen von „paradise live“), KHJ-Café
Ort: Paradise L (Zinzendorfgasse 3), Café paul@paradise

DI 09. APR, 11:30 – 15:00

Fastensuppe & Fastenspeisen aus aller Welt, Musik mit den „Musigranten“ sowie Diskurs, Tauschbörse und nachhaltiger Osterbasar (im Rahmen von „paradise live“), Gartensaisoneneröffnung der Allmende u.a.
Ort: Paradise L (Zinzendorfgasse 3), Café paul@paradise, Allmende

In Kooperation mit Aktion Familienfasttag der kfb, Welthaus, Aktion „Gerecht leben – Fleisch fasten“, Aktion Autofasten, Caritas, Afro-Asiatisches Institut & Community Spirit, Die Welt, wie sie uns gefällt? – Die Nachhaltigkeitsreihe



SCIVIAS – WISSE DIE WEGE

FR 5. APR 14:00 – 18:00

Ein Workshop für alle Studierenden, die Entscheidungen treffen. Mit pflanzlichen Anregungen aus der Schatzkammer der Hl. Hildegard von Bingen und Hinweisen des Hl. Ignatius von Loyola.

Ort: John-Ogilvie-Haus, Leechkirche, Botanischer Garten Graz

Anmeldung bis 22. MÄR (begrenzte Teilnehmerzahl): dolzer@khg-graz.at



MIT „LAUDATO SI“ IN ASSISI

MO 22. APR – SO 28. APR

Umbrien, das „Grüne Herz Italiens“, zu Fuß und mit Fahrrädern erkunden, auf den Spuren des Hl. Franziskus unterwegs sein und sich gemeinsam der von Papst Franziskus 2015 veröffentlichten Umweltenzyklika „Laudato si“ widmen.

Begleitung: HS Alois Kölbl und Brigitte Rinner

Anmeldung, Info: hochschuleelsorger@khg-graz.at



KIRCHWEIHFEST DER UNIVERSITÄTSKIRCHE MARIA AM LEECH

MI 01. MAI, ab 11:30

Heilige Messe anschließend buntes Programm mit Speis, Trank und Musik

Ort: Leechkirche, Zinzendorfgasse



STUDIERENDEN-STERNWALLFAHRT NACH MARIAZELL

DO 30. MAI – SO 02. JUN

Bei der österreichweiten Studierenden-Sternwallfahrt werden Gruppen aus ganz Österreich nach Mariazell unterwegs sein. Die gemeinsame Wallfahrtsmesse feiern wir mit Erzbischof Lackner am **So 02. JUN, um 13:00** in der Basilika von Mariazell

Anmeldung, Info: in den Hochschulgemeinden (für Graz: hochschuleelsorger@khg-graz.at)



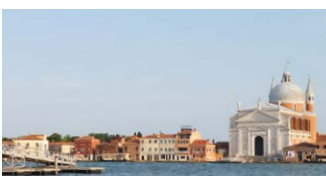
KHG-BURGUNDREISE

MO 19. – DI 27. AUG

Reiseleitung: Hochschuleelsorger Alois Kölbl

Kosten: Fahrt im Bistro-Bus, Unterbringung im Doppelzimmer in guten Mittelklassehotels mit Halbpension, Eintritte und Führungen: 970 € (Einzelzimmer: 1.210 €)

Anmeldung: khg@khg-graz.at, 0316/32 26 28



FAHRT ZUR 58. KUNSTBIENNALE VON VENEDIG

FR 13. – SO 15. SEP

Reiseleitung: Alois Kölbl und Roman Grabner

Kosten: 245 € im DZ, 290 € im EZ, 150 € für Studierende im Mehrbettzimmer (Bus, Schifffransfer, Zimmer mit Frühstück, Biennale-Eintritt, Führungen)

Anmeldung: im KHG-Sekretariat, khg@khg-graz.at

In Kooperation mit Forum Glaube-Wissenschaft-Kunst

ab **FR 11** JÄN / **SPAZIERGANG MIT VERANTWORTUNG**
jeweils FR 14.00–16.00, Besuchsdienst im Pflegezentrum Kainbach
Information und Anmeldung: both@khg-graz.at

ab **DI 26** FEB / 19:00 **TAIZÉ-GESETZ**
An jedem letzten DI im Monat
Stiegenkirche, Sporgasse 21

MÄR 2019

www.khg-graz.at

FR 1 **FR 29** 9:00–17:00 **DAS 1x1 DES PRINT- UND FOTOJOURNALISMUS**
Workshop mit **Gabriele Neuwirth** und **Walter Fikisz**
Anmeldung: traussnig@khg-graz.at
QL-Veranstaltungssaal, Leechgasse 24, Graz

FR 1 – **SO 3** **SEMESTERSTARTTAGE IN DER VEITSCH**
Anmeldung: dolzer@khg-graz.at oder hochschulseelsorger@khg-graz.at

MI 6 16:30–17:45 (bis MI 10. APR) **HEILFASTEN**
jeden MI in der Fastenzeit: Austausch, Infos u. Gespräch mit **P. Wolfgang Dolzer SJ**
Anmeldung: dolzer@khg-graz.at
John Ogilvie-Haus, Zinzendorfsgasse 3

MI 6 18:00 **ASCHERMITTWOCHESGOTTESDIENST**
Mit Aschenkreuzauflegung
Leechkirche, Zinzendorfsgasse

ab **MO 11** (14-tägig, jeweils MO) 19:30 **MAGIS-GRUPPE**
Raum für Gespräch, Austausch und Gebet.
Information, Anmeldung: both@khg-graz.at oder dolzer@khg-graz.at
Meditationsraum bei den Helferinnen, Leechgasse 34
Neuzugänge sind jederzeit willkommen!

MI 13 19:00 (zu sehen bis Ende APR) **AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG:**
ALLTAG. SIEBEN AKTUELLE POSITIONEN VON IRANISCHEN FOTOGRAFINNEN
Kuratiert von **Maryam Mohammadi** und **Evelyn Tschernko** (Afro-Asiatisches Institut Graz)
QL-Galerie, Leechgasse 24

ab **MI 13** 08:00–09:30 (jeweils mittwochs) **KONTEMPLATIVES YOGA**
QL-Veranstaltungssaal, Leechgasse 24 od. Allmende Leech, Zinzendorfsgasse

MO 18 17:00 **ESSEN BELEBT GLAUBEN: DAS INDISCHE FEST HOLI**
Interreligiöser Kochworkshop mit **Smriti Kohli**
Anmeldung (begrenzte Teilnehmerzahl): p.harvey@aai-graz.at oder traussnig@khg-graz.at
Café Global, Leechgasse 22
In Kooperation mit dem Afro-Asiatischen Institut

DI 19 19:00 **PHILOSOPHICUM: FREIHEIT UND SÜNDE**
Vortrag von **Prof. Dr. Gunda Werner** und Präsentation der Zeitschrift LIMINA
Universitätszentrum Theologie, Heinrichstraße 78, HS 47.01
In Kooperation mit dem Institut für Philosophie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Graz und LIMINA

SO 24 7:30 (und am: SO 12. MAI, jeweils 7:30) **GOTTESDIENST IN DER JUSTIZANSTALT KARLAU**
Einen Gottesdienst gemeinsam mit den Insassen feiern
Information, Anmeldung: both@khg-graz.at
Justizanstalt Graz-Karlau

APR 2019

www.khg-graz.at

DI 9 11:30–15:00 **FASTENAKTION, PARADISE LIVE & GARTENSAISONERÖFFNUNG**
Fastenspeisen, Live-Musik, Tauschbörse u.v.m.
Paradise L. (Zinzendorfsgasse 3) & Allmende Leech

SO 14 11:30 **PALMSONNTAGSGOTTESDIENST**
Mit Palmweihe
Leechkirche, Zinzendorfsgasse

Demokratie & Populismus

Da ich bei dieser Ausgabe nicht „Chef-“, sondern „End“-Redakteur war, maße ich mir keine große Synthese an. Höchstens ein subjektives Addendum kann dieser Text sein. Dann versuch ich's also: Jenen die dem Demos, dem Populus, dem „Volk“, bewusst einen „-ismus“ aufdrücken wollen, jenen, die vortäuschen, unsere komplexe, und ja, anstrengend vielfältige moderne Gesellschaft sei eine homogene Gemeinschaft – jenen gilt es rational und unaufgeregt entgegenzuhalten: nein, das ist sie nicht. Unsere Gesellschaft ist eben keine einförmige, heile, insulare Gemeinschaft (Herfried Münkler), die von „außen“ bedroht ist. Wir sind schon innerlich bunt und wir streiten uns untereinander auch ordentlich (dies ist in einer Demokratie übrigens gar nicht so verkehrt und gilt es auch auszuhalten, ohne selbst gleich in Rechts- oder Linkspopulismus zu flüchten). Sehr wohl aber können wir kleine, überschaubare und konkrete Akte der Vergemeinschaftung über gesellschaftspolitische Milieus und Social Media-Blasen hinweg setzen: ob im Job, im Sportverein, in der Kirche, oder des Nächstens beim Würstelstand ist da einerlei. Populismusprophylaxe fängt bereits im Kleinen an.

Florian Traussnig, Chefredakteur